Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie

2025/2069(INI)

12.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1407 - 1655

Entwurf eines Berichts
Tomas Tobé
(PE775.431v01-00)

Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie
(2025/2069(INI))

Änderungsantrag 1407
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;	55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandsfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten; ***stellt fest, dass transnationale Repression in die Liste aufgenommen werden sollte; betont, dass die Kapazitäten und das Engagement in den einzelnen Bewerberländern oder möglichen Bewerberländern unterschiedlich sein können, und fordert daher, dass bei der Umsetzung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ein differenzierter und kontextabhängiger Ansatz verfolgt wird, der den unterschiedlichen Niveaus der institutionellen Kapazitäten, des Fachwissens und des politischen Engagements Rechnung trägt; weist darauf hin, dass ungeachtet dieser klaren Richtwerte, die mit den Werten der EU verknüpft sind, diese beibehalten werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 1408
Jaroslav Bžoch

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;	55. ***betont, dass die EU bereit sein sollte, die Bewerberländer auf Anfrage bei der Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit Wahlprozessen zu unterstützen, unter anderem durch Informations- und Wissensaustausch;*** betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandsfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

Or. en

Änderungsantrag 1409
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine	55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine

solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandsfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten; ***beharrt darauf, dass eine angemessene Finanzierung, einschließlich einer Kernfinanzierung, z. B. über das Instrument „Europa in der Welt“, erforderlich ist, um unabhängige Medien in Nachbarländern zu unterstützen;***

Or. en

Änderungsantrag 1410
Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass ***der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt***, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden***, und indem***	55. betont, dass ***die EU bereit sein sollte, die Bewerberländer auf Anfrage bei der Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit Wahlprozessen durch Informations- und Wissensaustausch zu unterstützen; nimmt zur Kenntnis***, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandsfähiger***

unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den ***sozialen Medien*** vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den ***Social Media*** vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

Or. en

Änderungsantrag 1411
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;	55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie ***in erster Linie*** eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer ***widerstandsfähiger*** gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

Or. en

Änderungsantrag 1412
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 55 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55 a. betont, dass die Ziele und der Schutzumfang des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ausdrücklich auf Bewerberländer ausgeweitet werden sollten, wobei ein differenzierter und kontextabhängiger Ansatz erforderlich ist, da diese zunehmend der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, hybriden Bedrohungen und Versuchen, demokratische Institutionen zu untergraben, ausgesetzt sind; betont, dass die Stärkung der demokratischen Resilienz in diesen Ländern nicht nur für die Glaubwürdigkeit des EU-Erweiterungsprozesses, sondern auch für die Sicherheit und demokratische Stabilität der EU insgesamt von wesentlicher Bedeutung ist; fordert die Kommission und den EAD auf, dafür zu sorgen, dass die Bewerberländer systematisch in die einschlägigen Maßnahmen, Unterstützungsmechanismen und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau im Rahmen der externen Dimension des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie einbezogen werden; fordert die Kommission auf, die aktive Beteiligung der Bewerberländer an allen einschlägigen Instrumenten und Initiativen im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie zu fördern und zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 1413
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 55 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

55 a. stellt fest, dass ein langjähriges Ziel Moskaus darin besteht, die transatlantische Bindung zu schwächen und die USA aus Europa hinauszudrängen, und ist besorgt über alle Initiativen, die die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA untergraben könnten;

Or. en

Änderungsantrag 1414
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 55 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55 b. fordert die Kommission auf, Bewerberländer und mögliche Bewerberländer bei der Entwicklung und Umsetzung der EU-Regelwerke für Digitales und Medien zu unterstützen und den Austausch mit den Behörden der Mitgliedstaaten zu ermöglichen, um Regelungslücken und grenzüberschreitende Ausstrahlungseffekte zu verhindern; betont, dass eine strukturierte Zusammenarbeit der Kommission mit Internetplattformen in Bewerberländern erforderlich ist, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen, um die Rechenschaftspflicht der Plattformen, die Risikominderung und die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, anstatt Ad-hoc- oder krisenbedingte Maßnahmen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 1415
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 55 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55 c. nimmt die führende Rolle Taiwans in der Entwicklung von Produkten der Hochtechnologie und seine umfangreichen Erfahrung bei der Abwehr von hybriden Angriffen, Informationsmanipulation und Einflussnahme durch China zur Kenntnis, die bei der Bewertung der Möglichkeiten zur Stärkung des multilateralen Austauschs und der multilateralen Zusammenarbeit ein vorrangiger Aspekt sein sollte; fordert einen regelmäßigen Austausch zwischen der EU und ihren taiwanesischen Partnern über relevante Sicherheitsfragen und eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Desinformation und Einmischung aus dem Ausland und der Sabotage von Unterseekabeln;

Or. en

Änderungsantrag 1416
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen***, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren***; ***stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die***	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten ***der Diplomatie*** in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen;

Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1417
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können***, sofern diese Aktivitäten strikt sachlich und sicherheitsorientiert sind und den lokalen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen***; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits-

auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, ***sofern dies relevant und angemessen ist, wobei ihr ziviler oder militärischer Charakter und ihre vorrangigen Sicherheitsziele uneingeschränkt zu achten sind,*** damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1418
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. ***befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen;*** ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; ***betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen;*** fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, ***Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und***	56. ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, ***dafür Sorge zu trage, dass*** Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen ***aufgenommen werden***, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen ***aufzunehmen***, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1419
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; ***ist daher besorgt über Berichte einer drohenden möglichen Verkleinerung der EU-Delegationen und ihrer Personalausstattung, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden internationalen Herausforderungen und geopolitischen Spannungen;*** betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die

nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1420
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass ***den EU-Delegationen und*** den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die ***EU-Delegationen und die*** Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können***; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen***; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1421
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag

Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind ***und, um auf die Beteiligung von Frontex in Drittländern zurückgreifen zu können***;

Or. en

Änderungsantrag 1422
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten	56. befürwortet die Idee, diplomatische Kanäle zu nutzen, um die Kapazitäten in vorrangigen Regionen auszubauen; ist der Ansicht, dass den EU-Delegationen und den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten

eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen ***zu hybriden Bedrohungen in die einzelnen Mandate von Missionen und Operationen aufzunehmen***, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;	eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, ein besseres Verständnis der lokalen Gegebenheiten zu erlangen, die zu Einflussnahme aus dem Ausland führen können, und angepasst zu reagieren; stellt fest, dass die EU-Delegationen und die Botschaften der Mitgliedstaaten die Organisation von Sensibilisierungskampagnen in den Gastländern unterstützen können; betont, dass Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in die in der gemeinsamen Mitteilung vorgesehenen Maßnahmen einbezogen werden müssen; fordert die Mitgliedstaaten und den EAD auf, Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Schulungen ***einzuführen***, damit die nationalen Partner besser gewappnet sind;

Or. en

Änderungsantrag 1423
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 56 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	56 a. weist darauf hin, dass Fachleute aus Bewerberländern und möglichen Bewerberländern ein einzigartiges Fachwissen und einen einzigartigen Standpunkt zur Einflussnahme aus dem Ausland und zur Umsetzung von Initiativen zur Förderung der Demokratie einbringen können; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Beteiligung der Bewerberländer und möglichen Bewerberländer an allen Instrumenten und Initiativen im Rahmen des Europäischen Demokratieschildes, einschließlich freiwilliger Mechanismen,

aktiv zu fördern und zu ermöglichen und die systematische Einbeziehung von Vertretern dieser Länder in alle vorgesehenen unabhängigen Expertennetzwerke und Kooperationsformate sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1424
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen	***entfällt***

und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 1425
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um	57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert ***eine strategische Kommunikation der GSVP-Missionen weltweit, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas und in Bewerberländern; fordert, die Sichtbarkeit und die strategische Kommunikation über den Nutzen, die Präsenz und die Rolle der GSVP-Missionen und -Operationen zu verbessern; betont, dass die GSVP-Missionen und -Operationen die konkreteste Außendarstellung der Stärke***

hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;	***der EU sind und als solche einen entscheidenden Bestandteil der strategischen Instrumente der EU bilden; fordert*** die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken; ***betont, dass es wichtig ist, die Zusammenarbeit mit der NATO, deren Exzellenzzentrum für strategische Kommunikation und dem Europäischen Netz für Cybersicherheit zu stärken, um Desinformation und Cyberangriffen entgegenzuwirken;***

Or. en

Änderungsantrag 1426
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. ***fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche***	57. fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 1427
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und ***die GSVP-Missionen und -Operationen*** in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ***ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt***	57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und -***Missionen*** in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das

dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf***, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen***, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 1428
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu	57. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie, mit der die EU-Delegationen und die GSVP-Missionen und -Operationen in enger Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten wirksamer als erste Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe agieren können, was unter anderem Cyberoperationen und Operationen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland umfasst; ist der Ansicht, dass verstärkte Kapazitäten für strategische Kommunikation und öffentliche Diplomatie innerhalb der EU-Delegationen***, die streng sachlich, sicherheitsorientiert und unparteiisch bleiben sollten,*** von entscheidender Bedeutung sind und der Schwerpunkt dabei darauf liegen sollte, faktenbasierte Narrative, bürgerschaftliches Engagement

befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

und Vertrauensbildung, insbesondere bei jungen Menschen und Lehrkräften, zu befördern; fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Rat auf, Teams für die Überwachung von und die Reaktion auf Desinformation in GSVP-Missionen aufzunehmen, für Schulungen im Bereich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland für das gesamte Missionspersonal zu sorgen und die Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Operationen zu stärken, um hybriden Einflüssen entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 1429
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57 a. betont, wie wichtig es ist, das Engagement und den Dialog im Bereich der Religion als Teil der umfassenderen Resilienzstrategie der EU zu stärken und eine strukturierte und transparente Zusammenarbeit zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und legitimen religiösen Akteuren zu fördern, um hybriden Bedrohungen, Desinformation und der Instrumentalisierung von Religion entgegenzuwirken, wobei die Religions- und Weltanschauungsfreiheit und der Pluralismus uneingeschränkt zu achten sind; fordert die Entwicklung kohärenter Strategien auf EU-Ebene zur Unterstützung lokaler interreligiöser Initiativen, zur Verbesserung der Medien- und Informationskompetenz innerhalb von Glaubensgemeinschaften und zur Stärkung der Schutzmaßnahmen gegen ausländischen Missbrauch religiöser Einrichtungen und Narrative zu

politischen oder destabilisierenden Zwecken;

Or. en

Änderungsantrag 1430
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57 a. fordert eine umfassende Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Beweggründe für frühere Maßnahmen zur „Normalisierung“ der Beziehungen zur Russischen Föderation und der durch solche naiven oder kurzsichtigen Ansätze verursachten Schäden; betont, dass wiederholte Versuche, die Beziehungen zu normalisieren, ohne sich mit den eigentlichen Wesensmerkmalen des russischen Staates und seinen imperialen strategischen Zielen zu befassen, zu erhöhter Instabilität beigetragen, die Abschreckung geschwächt und die europäische und globale Sicherheit untergraben haben;

Or. en

Änderungsantrag 1431
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57 b. ist zutiefst besorgt über Berichte der moldauischen Staatsorgane und unabhängige Sicherheitsbewertungen, aus denen hervorgeht, dass während der Parlamentswahl 2025 in der Republik

Moldau Strukturen, die mit der dem Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche unterstellten Metropolie von Chișinău und ganz Moldau in Verbindung stehen, im Rahmen einer umfassenderen hybriden Einflusskampagne mit Verbindungen zu Russland instrumentalisiert wurden, um Desinformation zu verbreiten sowie Wähler und die öffentliche Meinung zugunsten prorussischer politischer Kräfte zu beeinflussen; weist darauf hin, dass die moldauischen Wahlbehörden Fälle dokumentiert haben, in denen orthodoxe Geistliche der Metropolie von Chișinău und ganz Moldau an politischen Kampagnen beteiligt waren und es sich dabei nach Einschätzung von Experten zusammen mit koordinierten Bot-Aktivitäten, Fälschungen von Medien und mutmaßlichem Stimmenkauf um einen Einflussvektor handelte, mit dem Ziel, demokratische Prozesse zu untergraben und die europäische Integration der Republik Moldau zu behindern;

Or. en

Änderungsantrag 1432
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57 b. ist der Ansicht, dass der russische Staat unabhängig davon, ob in zaristischen, sowjetischen oder heutigen Zeiten unter dem System von Putin-System, durchweg eine Bedrohung für seine Nachbarn, das Völkerrecht und die regelbasierte internationale Ordnung darstellte bzw. darstellt, was durch ein langes Muster militärischer Aggression, Nötigung und Souveränitätsverletzungen belegt werden kann; betont, dass die künftige Politik der EU und der

Mitgliedstaaten auf einer realistischen Bewertung dieser historischen Kontinuität beruhen muss, wobei der Abschreckung, der Widerstandsfähigkeit und der Sicherheit der Länder in der Nachbarschaft Russlands Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen einzuräumen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1433
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven Governance-Praktiken der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen	***entfällt***

Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 1434
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven Governance-Praktiken der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1435
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Governance-Praktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;	58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Herrschaftspraktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden***; stellt fest, dass der russische Imperialismus nicht nur in den Institutionen aus der zaristischen, sowjetischen und Putin-Ära Russlands, sondern auch in der russischen Gesellschaft tief verwurzelt ist***; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen; ***stellt fest, dass die mangelhafte, naive und in einigen Bereichen schädliche Politik der EU und bestimmter Mitgliedstaaten gegenüber Russland von besonderen Interessen herrührte, die über die legitimen Sicherheitsanliegen der Partner und Verbündeten gestellt werden; betont, dass klare Lehren aus diesen Versäumnissen***

bei der Gestaltung einer realistischeren, prinzipientreuen und sicherheitsorientierten Politik gezogen werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1436
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. ***begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das*** in der gemeinsamen Mitteilung ***zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft*** proaktive Informationsmaßnahmen ***stärkt***, ***um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt*** werden ***müssen, um die destruktiven Governance-Praktiken der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen***;	58. ***ist besorgt über die Umsetzung und Verwirklichung der*** in der gemeinsamen Mitteilung ***enthaltenen Zusage, eine Kapazität für*** proaktive Informationsmaßnahmen ***aufzubauen***, ***und darüber, wie sie in der Praxis umgesetzt*** werden ***soll, da dies zu einer Verschlechterung der internationalen Beziehungen und glaubwürdigen Anschuldigungen der Einflussnahme aus dem Ausland durch die EU führen könnte***;

Or. en

Änderungsantrag 1437
Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Governance-Praktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;	58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen ***sowie anderen feindseligen staatlichen und staatlich geförderten Operationen der Informationsmanipulation und kognitiven Kriegsführung*** entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Herrschaftspraktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 1438
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel ***unter anderem*** darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um ***Russlands*** Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Governance-Praktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;	58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Destabilisierungsanstrengungen ***und koordinierten Kampagnen autoritärer oder böswilliger Akteure zur Manipulation von Informationen und zur feindseligen Einflussnahme*** entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Herrschaftspraktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 1439
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Governance-Praktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;	58. begrüßt das verstärkte Bekenntnis zum Aufbau von Offensivkapazitäten für Informationsoperation, das in der gemeinsamen Mitteilung zum Ausdruck kommt; stellt fest, dass angesichts eines derartigen Bekenntnisses zweckgebundene Ressourcen und langfristige Planung notwendig sind; betont, dass das Ziel unter anderem darin bestehen sollte, dass die EU in ihrer Nachbarschaft proaktive ***und verbesserte*** Informationsmaßnahmen stärkt, um Russlands Destabilisierungsanstrengungen entgegenzuwirken; unterstreicht, dass Menschen, die unter autoritären Regimen und insbesondere in Russland ***und Belarus*** leben, sachliche und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die destruktiven ***Herrschaftspraktiken*** der Regierenden aufzudecken, zumal diese die Freiheit und den Frieden nicht nur in den Nachbarländern, sondern in erster Linie innerhalb ihres eigenen Landes gefährden; fordert, dass der digitale Raum und der Cyberspace sowie die Tatsache, dass sie nicht an Grenzen gebunden sind, in jeder erdenklichen Weise genutzt werden, um dieses Ziel zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 1440
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 58 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	58 a. betont, dass die Destabilisierungsbemühungen Russlands auch innerhalb der EU stattfinden, wo Netzwerke der politischen Einflussnahme

ausgenutzt werden; stellt mit großer Besorgnis fest, dass in einigen Mitgliedstaaten staatliche Maßnahmen und strategische Entscheidungen immer wieder den Interessen Russlands dienen; weist in diesem Zusammenhang auf den Fall der ungarischen Regierung hin, die es wiederholt versäumt hat, das Eindringen von Cyberakteuren mit Verbindungen zum russischen Staat in das Außenministerium ordnungsgemäß zu melden und zu untersuchen, die langfristige Gasverträge mit Russland zu Preisen geschlossen hat, die deutlich über dem Marktniveau liegen, die die Unterstützung der EU für die Ukraine systematisch behindert hat und die sich konsequent den russischen Standpunkten bei wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU angeschlossen hat, und zwar auch während der Amtszeit von Olivér Várhelyi als Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung; betont, dass ein solches Verhalten die Einheit, Glaubwürdigkeit und Sicherheit der EU untergräbt und die Wirksamkeit der Destabilisierungsstrategie Russlands erhöht; fordert daher mehr Wachsamkeit, eine verstärkte Überwachung und den umfassenden Einsatz der Instrumente der EU, um die Europäische Union vor internen Faktoren ausländischer Einflussnahme und Einmischung zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 1441
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der	***entfällt***

Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Or. en

Änderungsantrag 1442
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem ***in- und*** Ausland ***sowie hybriden Bedrohungen*** ausgesetzt sind***; fordert die Kommission und den EAD auf, von einer Ad-hoc-Unterstützung zu systematischer, langfristiger Unterstützung überzugehen, die auf den Aufbau institutioneller, rechtlicher und bürgerschaftlicher Resilienz abzielt; betont, dass die EU enorm viel von der Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau und der Ukraine lernen kann; fordert, dass der Europäische Schutzschild für die***

gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Demokratie als wechselseitiger Mechanismus für Fachwissen dient, bei dem die EU erfolgreiche Krisenreaktionsmodelle, zivil-militärische Kooperationsrahmen und Echtzeit-Erkennungstechniken integriert, die von diesen Partnern an vorderster Front im derzeitigen „Reallabor" der russischen Aggression entwickelt wurden; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für ***die Abwehr von Bedrohungen der Integrität von Informationen im Internet und*** die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Or. en

Änderungsantrag 1443
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind***; stellt fest, dass die Bewerberländer und potenziellen Bewerberländer sowie die Nachbarländer der EU eindeutig im Fokus der von Russland betriebenen ausländischen***

Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;	***Informationsmanipulation und Einmischung stehen, wobei eines der Ziele darin besteht, die EU zu diskreditieren und den Wert der EU-Integration in der öffentlichen Wahrnehmung zu schmälern***; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; ***fordert die Kommission und den EAD auf, die Zusammenarbeit mit gefährdeten Bewerberländern in den Bereichen Informationsresilienz, Cybersicherheit und hybride Bedrohungen zu vertiefen; fordert den EAD und die EU-Delegationen in Drittländern auf, ihre jeweiligen Kapazitäten zur Bekämpfung und Widerlegung von Desinformation und Propaganda gegen die GASP der EU weiter zu stärken, unter anderem durch Investitionen in Kommunikationskampagnen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme;*** unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Or. en

Änderungsantrag 1444
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter ***der Westbalkan***, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten***;*** unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter ***die Länder des westlichen Balkans***, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem ***in- und*** Ausland ***sowie hybriden Bedrohungen*** ausgesetzt sind; fordert ***die Kommission und den EAD auf, von Ad-hoc-Unterstützung zu systematischer, langfristiger Unterstützung überzugehen, die auf den Aufbau institutioneller, rechtlicher und bürgerschaftlicher Widerstandsfähigkeit abzielt; fordert, dass die Unterstützung der EU für diese Länder im Bereich der Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland fortgesetzt wird, unter anderem durch*** die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss***, auch vor dem Hintergrund gestrichener USAID-Mittel und mit einem besonderen Schwerpunkt auf Regionen, die vergleichsweise wenig Unterstützung erhalten haben, insbesondere der Westbalkan***;
	Or. en

Änderungsantrag 1445

Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; ***fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;***	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1446
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau ***und*** die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus ***dem*** Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau***,*** die Ukraine***,Armenien und Georgien*** erheblicher Einflussnahme aus Ausland ***sowie inländischer Informationsmanipulation und hybriden***

Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Bedrohungen ausgesetzt sind***; fordert die Kommission und den EAD auf, von einer Ad-hoc-Unterstützung zu systematischer, langfristiger Unterstützung überzugehen, die auf den Aufbau institutioneller, rechtlicher und bürgerschaftlicher Widerstandsfähigkeit abzielt***; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten ***oder mögliche Bewerberländer*** sind, liegen muss;

Or. en

Änderungsantrag 1447
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau und die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und

Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss; ***betont, dass die Bemühungen der Europäischen Union, die Bewerberländer bei der Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Einflussnahme aus dem Ausland zu unterstützen, mit der nachweislichen Umsetzung einschlägiger Reformen und greifbaren Ergebnissen ihrerseits einhergehen müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 1448
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau ***und*** die Ukraine, erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein	59. stellt fest, dass die unmittelbaren Nachbarn der EU, darunter der Westbalkan, die Republik Moldau***,*** die Ukraine,***Georgien und Armenien*** erheblicher Einflussnahme aus dem Ausland ausgesetzt sind; fordert die Finanzierung regionaler Koordinierungszentren für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, eine verstärkte Unterstützung für investigativen Journalismus und Medienregulierungsbehörden und die Ausweitung der faktengestützten strategischen Kommunikation mithilfe der EU-Delegationen, um gegen die EU gerichteter Desinformation

besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

entgegenzutreten; unterstreicht, dass ein besonderer Schwerpunkt auf unterstützenden Maßnahmen für die Integrität von Wahlen in den Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, liegen muss;

Or. en

Änderungsantrag 1449
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59 a. stellt mit Besorgnis fest, dass Armenien vor der Parlamentswahl 2026 mit einer Verschärfung der mit Russland verbundenen hybriden Bedrohungen rechnen muss, die darauf abzielen, seine demokratischen Prozesse, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bemühungen um Friedenskonsolidierung zu untergraben, einschließlich böswilliger Cyberaktivitäten, koordinierter Informationsmanipulation und der Aktivierung einflussreicher Netzwerke; weist darauf hin, dass der armenische Auslandsnachrichtendienst über den Einsatz offener und verdeckter Informationsoperation, verzerrender Narrative und von Bemühungen berichtet hat, den öffentlichen Diskurs in einer Weise zu manipulieren, die den nationalen Interessen Armeniens abträglich ist, und betont, dass an einem solchen hybriden Druck sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure beteiligt sein können, die mit umfassenderen russischen Strategien der Einflussnahme in der Region in Verbindung stehen;

Or. en

Änderungsantrag 1450

Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59 a. fordert die Kommission, den EAD und das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz auf, die Republik Moldau als EU-Bewerberland verstärkt, gezielt und nachhaltig zu unterstützen, da es mit anhaltender und koordinierter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland konfrontiert ist, einschließlich staatlich geförderter Desinformation und hybrider Einflussnahme, die darauf abzielen, demokratische Institutionen, die Integrität von Wahlen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in den EU-Beitrittsprozess zu untergraben; betont, dass Mechanismen für eine rasche Reaktion, eine verbesserte strategische Kommunikation, eine enge Koordinierung mit Internetplattformen und eine verstärkte Unterstützung unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft, insbesondere vor Wahlen, erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 1451
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59 a. fordert die Kommission auf, bei ihrer Prüfung der Fortschritte der Bewerberländer in den entsprechenden Beitrittskapiteln in Bezug auf Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Resilienz einen strengen Ansatz zu verfolgen; betont, dass Mängel

bei der Anerkennung und Bewältigung zentraler Probleme wie Korruption, Mangel an unabhängigen Medien, Menschenrechtsverletzungen und Schwachstellen in demokratischen Prozessen das Vertrauen der Bürger in die nationalen und europäischen Institutionen untergraben und so euroskeptische Narrative entstehen lassen, die von Drittländern und Akteuren, die sich mit Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland befassen, ausgenutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1452
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. betont, dass Initiativen der Unionsorgane zur Förderung der Demokratie und der Resilienz, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen innerhalb der Union und in den Nachbarländern, unbedingt neutral, transparent und auf technische Unterstützung beschränkt bleiben müssen, um zu verhindern, dass der Eindruck einer Mitwirkung der Organe am politischen Wettstreit oder an den Wahlergebnissen entsteht;

Or. en

Änderungsantrag 1453
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. hält fest, dass die Ukraine ein integraler Bestandteil des Sicherheitsumfelds Europas ist; fordert, dass die Ukraine als strategischer Partner, der zur europäischen Sicherheit beiträgt, systematisch in Initiativen der EU zur Stärkung der Resilienz, zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und zur Krisenvorsorge einbezogen wird;

Or. en

Änderungsantrag 1454
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59a. fordert die Kommission auf, ein spezielles regionales Zentrum der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) einzurichten, das den Westbalkan abdeckt, wobei zu berücksichtigen ist, dass bereits ein derartiges Zentrum für Moldau besteht;

Or. en

Änderungsantrag 1455
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 59 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59b. betont, dass die Zusammenarbeit mit Drittländern und Bewerberländern im Rahmen der externen Dimension des

	Europäischen Schutzschilds für die Demokratie weiterhin auf die Stärkung der institutionellen Resilienz, der Transparenz und der Vorkehrungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit vor eindeutig erkennbarer Einflussnahme aus dem Ausland ausgerichtet sein muss und nicht zum Export von Governance-Modellen führen darf, die sich auf die Überwachung von Inhalten, die Beeinflussung von Narrativen oder die administrative Koordinierung mit Plattformen konzentrieren;

Or. en

Änderungsantrag 1456
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1457
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen ***und dabei*** spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;	60. ***betont, dass aufgrund der Streichung der thematischen Programme und Finanzzuweisungen für Menschenrechte und Demokratie sowie für Organisationen der Zivilgesellschaft erhebliche Unsicherheit darüber besteht, wie diese im EU-Vertrag verankerten Verpflichtungen wirksam durchgehend berücksichtigt, in die Praxis übertragen und überwacht werden sollen; fordert die Kommission erneut auf, jene Programme zu verstärken und zweckgebunden einzusetzen, die darauf abzielen, die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und investigative Medien in Drittländern in beutendem Maße einzubinden und zu unterstützen; betont, dass diese Akteure für den Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums, die Gewährleistung demokratischer Transparenz und die Abwehr autoritärer Tendenzen von entscheidender Bedeutung sind; beharrt darauf, dass im Rahmen des neuen MFR eine nachhaltige, zugängliche und flexible Finanzierung bereitgestellt wird, die eine rasche Reaktion auf Bedrohungen der Grundfreiheiten ermöglicht und lokale Initiativen unterstützt;*** fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen ***sowie*** spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 1458
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;	60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen; ***betont, dass die kulturelle Zusammenarbeit integraler Bestandteil dieser Instrumente sein sollte, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gemeinsame Werte und das direkte Engagement der Menschen in Beitritts- und Nachbarländern zu stärken;***

Or. en

Änderungsantrag 1459
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert die Kommission auf, ***Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem*** Journalismus ***in gefährdeten Regionen vorzusehen***;	60. fordert die Kommission auf, ***investigativen*** Journalismus ***zu fördern***;

Or. en

Änderungsantrag 1460
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;	60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme ***unter umfassender Berücksichtigung der nationalen Zuständigkeiten und des jeweiligen lokalen Kontexts*** zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von investigativem Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 1461
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von ***investigativem*** Journalismus in gefährdeten Regionen vorzusehen;	60. fordert die Kommission auf, Medienkompetenzprogramme zu einem festen Bestandteil der Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments zu machen und dabei spezielle EU-Finanzhilfen zur Unterstützung von Journalismus ***im öffentlichen Interesse*** in gefährdeten Regionen vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 1462
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1463
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1464

Ana Miguel Pedro

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;	61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont***, dass Russland und China zunehmend zusammenarbeiten, um revisionistische Narrative über den mutmaßlichen Niedergang des Westens und den „Neokolonialismus“ in diesen Regionen zu verstärken, was eine strategische Kommunikationslücke offenkundig macht, die die Glaubwürdigkeit und den Einfluss der Union untergräbt; stellt mit Besorgnis fest, dass unabhängige Medien in vielen dieser Kontexte behindert oder ausgewiesen werden und dass die westliche Public Diplomacy nach wie vor oft inkohärent, unterfinanziert und unzureichend an die lokalen Sprachen und Kulturen angepasst ist, wodurch sie solchen Narrativen nur eingeschränkt wirksam entgegentreten kann; hebt*** insbesondere ***hervor***, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1465
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag

Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo ***weiterentwickelt*** werden ***muss***;	61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass ***sich der Wandel, der sich in Nordafrika und der Sahelzone vollzieht, unmittelbar auf die Sicherheit und die demokratische Widerstandsfähigkeit der EU auswirkt, und stellt fest, dass diese Regionen besonders anfällig für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sind, insbesondere aufgrund politischer Instabilität und fragiler Informationsökosysteme; betont insbesondere, dass weiterhin gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit dieser Regionen gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland wie*** das Leitprojekt EUvsDisinfo ***erarbeitet*** werden ***müssen, unter anderem in Form von Unterstützung unabhängiger Medien, der Zivilgesellschaft, der digitalen Kompetenzen, der strategischen Kommunikation und verbesserter Überwachungs- und Reaktionsmechanismen***;

Or. en

Änderungsantrag 1466
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;	61. fordert ***mit Nachdruck***, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika ***unter anderem im Wege zweckgebundener Finanzierung im Rahmen des nächsten MFR*** beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1467
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden	61. fordert, dass die derzeitigen Bemühungen der EU verstärkt werden, die Partnerländer in ihrer ***östlichen und südlichen*** Nachbarschaft sowie in vorrangigen Ländern in Subsahara-Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum und in Lateinamerika beim Aufbau ihrer Resilienz gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, bei der Stärkung demokratischer Prozesse und bei der Sicherstellung der Integrität von Wahlen zu unterstützen; betont insbesondere, dass das Leitprojekt EUvsDisinfo weiterentwickelt werden

muss; muss;

Or. en

Änderungsantrag 1468
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 61 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61a. stellt fest, dass Akteure, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht authentische Online-Aktivitäten betreiben, hauptsächlich in Regionen außerhalb der EU ansässig sind und dass die Gefahr besteht, dass durch die Verlagerung oder die Einstellung von Monetarisierungsdiensten von Plattformen die Lebensgrundlage einer Vielzahl von Akteuren, deren Einkommen von diesen Monetarisierungsdiensten abhängt, beeinträchtigt wird; stellt fest, dass diese Akteure über das nötige Know-how und die erforderliche Infrastruktur verfügen, um sich Desinformation gegen Bezahlung oder betrügerischen Aktivitäten zuzuwenden, die sich direkt gegen die EU richten könnten; fordert globale Investitionen in die Ausarbeitung von einer Art von „Abrüstungsstrategie“, um das Risiko zu verringern, dass Akteure, die zuvor von Monetarisierung profitierten, auf Desinformation gegen Bezahlung oder andere betrügerische Aktivitäten umstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1469
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 61 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61a. betont, dass länderübergreifende Unterdrückung eine ernsthafte externe Bedrohung für die demokratischen Freiheiten, die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit in der EU selbst darstellt; fordert die Kommission und den EAD auf, sich im Rahmen der externen Dimension des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ausdrücklich mit länderübergreifender Unterdrückung zu befassen, unter anderem durch koordinierte diplomatische Reaktionen, Schutz- und Unterstützungsmechanismen für betroffene Personen und eine genauere Überwachung der Praktiken von Drittländern, mit denen kritische Stimmen über ihre Grenzen hinaus zum Schweigen gebracht werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 1470
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 61 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61a. betont, dass Vorsorge- und Krisenreaktionsmechanismen im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie Ausnahmecharakter haben, fest umrissen und zeitlich begrenzt sein müssen und nicht zu einer Normalisierung der ständigen Überwachung, zu einer kontinuierlichen Risikoüberwachung des rechtmäßigen Diskurses oder zu präventiven Eingriffen in die demokratische Debatte führen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 1471
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1472
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. ***würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines***	62. nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;

Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1473
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen	62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 ***sowie die Präsidentschaftswahl vom***

Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;

3. November 2024 und den klaren Sieg der proeuropäischen ***Kräfte*** zur Kenntnis***, die erfolgten, obwohl Russland erhebliche Anstrengungen unternommen und bedeutende Ressourcen eingesetzt hat, um die Lage in der Republik Moldau zu destabilisieren und sie von ihrem europäischen und euro-atlantischen Weg abzubringen***;

Or. en

Änderungsantrag 1474
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;	62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; ***ist der Ansicht, dass solche Vereinbarungen vorrangig mit Ländern geschlossen werden sollten, deren innere Instabilität sich unmittelbar auf die Sicherheit der Europäischen Union auswirkt, wie etwa jene in der Sahelzone;*** nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1475
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;	62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis; ***bekräftigt, dass Armenien bei der Bekämpfung der Einmischung Russlands im Vorfeld der Parlamentswahl im Juni 2026 unterstützt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 1476
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber ***hybriden Bedrohungen,*** Cyberbedrohungen ***und Bedrohungen durch*** Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;	62. würdigt die Einrichtung der EUPM Moldova als erfolgreiches Beispiel dafür, wie die EU eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Krisenmanagementstrukturen eines Partnerlandes und der Stärkung seiner Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen***,*** Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland ***und anderen Bedrohungen*** spielen kann; ist der Ansicht, dass die EUPM Moldova als Vorbild dienen sollte, was die Einbeziehung der Abwehr hybrider Bedrohungen in das Mandat bestehender Missionen bzw. die Einrichtung ähnlicher Missionen in anderen Partnerländern betrifft; nimmt die Parlamentswahl in der Republik Moldau vom 28. September 2025 und den klaren Sieg der proeuropäischen Partei Aktion und Solidarität (PAS) zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1477
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62a. weist darauf hin, dass die nächste Parlamentswahl in Armenien am 7. Juni 2026 stattfinden soll; beharrt darauf, dass das Land unverzüglich und ausreichend unterstützt werden muss, um der Einmischung Russlands und seinen Handlangern innerhalb des Landes entweder durch Anpassung des Mandats der EUAM Armenia oder mittels einer Ad-hoc-Mission entgegenzutreten; besteht darauf, dass diese Unterstützung in Form einer Stärkung der

Verwaltungskapazitäten sowie einer Kernfinanzierung erfolgen kann, um sicherzustellen, dass das Land über das für die Reaktion notwendige Instrumentarium verfügt;

Or. en

Änderungsantrag 1478
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. begrüßt die Entsendung von EU-Teams für die rasche Reaktion auf hybride Bedrohungen, zumal sie – wie das jüngste Beispiel der Republik Moldau zeigt – ein nützliches Instrument für den auf dem spezifischen Know-how und der Expertise der EU und ihrer Mitgliedstaaten gründenden Aufbau von Kapazitäten und Resilienz in Ländern sind, die Ziel von hybriden Angriffen, Cyberangriffen und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1479
Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. ***begrüßt die Entsendung von EU-Teams für die rasche Reaktion auf hybride Bedrohungen, zumal sie – wie das jüngste Beispiel der Republik Moldau zeigt – ein nützliches Instrument für den*** auf dem spezifischen Know-how und der	63. ***stellt fest, dass sich die*** auf dem spezifischen Know-how und der Expertise der EU und ihrer Mitgliedstaaten gründenden ***Maßnahmen der EU während der jüngsten Wahl in der Republik Moldau als wirksam erwiesen haben;***

Expertise der EU und ihrer Mitgliedstaaten gründenden ***Aufbau von Kapazitäten und Resilienz in Ländern sind, die Ziel von hybriden Angriffen, Cyberangriffen und Informationsmanipulation und Einflussnahme*** aus dem Ausland ***sind***;	***stellt in diesem Zusammenhang fest, dass mit Zustimmung der Republik Moldau ein EU-Team entsandt wurde, um zur Verteidigung gegen Desinformation und Manipulation*** aus dem Ausland ***beizutragen***;

Or. en

Änderungsantrag 1480
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63a. stellt fest, dass Akteure, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht authentische Online-Aktivitäten betreiben, hauptsächlich in Regionen außerhalb der EU ansässig sind und dass die Gefahr besteht, dass durch die Verlagerung oder die Einstellung von Monetarisierungsdiensten von Plattformen die Lebensgrundlage einer Vielzahl von Akteuren, deren Einkommen von diesen Monetarisierungsdiensten abhängt, beeinträchtigt wird; stellt fest, dass diese Akteure über das nötige Know-how und die erforderliche Infrastruktur verfügen, um sich Desinformation gegen Bezahlung oder betrügerischen Aktivitäten zuzuwenden, die sich direkt gegen die EU richten könnten; fordert globale Investitionen in die Ausarbeitung von einer Art von „Abrüstungsstrategie“, um das Risiko zu verringern, dass Akteure, die zuvor von Monetarisierung profitierten, auf Desinformation gegen Bezahlung oder andere betrügerische Aktivitäten umstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1481
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63a. bekräftigt, dass die NATO bei der Bekämpfung hybrider Kriegsführung, die sich gegen politische Institutionen des kollektiven Westens richtet, die meinungsbildend ist und die die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in NATO-Mitgliedstaaten beeinträchtigt, eine vorrangige Rolle spielt; betont, dass nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten auch Mitglied der NATO sind; weist darauf hin, dass die NATO spezielle Instrumente und Strategien zur Abwehr hybrider Bedrohungen entwickelt hat; beharrt darauf, dass die Rolle der EU strikt komplementär und unterstützend bleiben muss, wobei Doppelarbeit, institutionelle Ausweitung oder die Schaffung paralleler Strukturen zu vermeiden sind;

Or. en

Änderungsantrag 1482
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 63 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63b. betont, dass das Tempo, das Ausmaß und die Intensität hybrider Bedrohungen, die der rasche technologische Wandel und die globale Vernetzung möglich machen, eher eine transatlantische Koordinierung als eine Duplizierung von Strukturen auf EU-Ebene erfordern;

Or. en

Änderungsantrag 1483
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 63 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63c. ist zutiefst besorgt über die Vertiefung der strategischen Partnerschaften zwischen feindseligen Regimen in Moskau und Minsk und anderen autoritären Akteuren, darunter China, Iran, Nordkorea, Kuba und Nicaragua; ist der Ansicht, dass der inkohärente und politisch selektive Ansatz der EU ihre Glaubwürdigkeit geschwächt hat; weist insbesondere auf den Fall Kuba hin, ein Land, mit dem weiterhin das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit besteht, das vom kommunistischen Regime zur Sicherung seiner finanziellen Stärkung und politischer Legitimation genutzt wird, obwohl das Regime systematisch gegen die darin verankerten Grundprinzipien und Verpflichtungen verstößt, unter anderem durch massive Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und den Einsatz kubanischen Personals im Ausland zur Unterstützung autoritärer Regime;

Or. en

Änderungsantrag 1484
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;	64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten; ***betont, dass es wichtig ist, die Zusammenarbeit mit der NATO, deren Exzellenzzentrum für strategische Kommunikation und dem Europäischen Netz für Cybersicherheit zu stärken, um Desinformation und Cyberangriffen entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, nach Möglichkeit mit nationalen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft aus gleichgesinnten Drittländern zusammenzuarbeiten, die sich mit der Bekämpfung von Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland befassen;***

Or. en

Änderungsantrag 1485
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;	64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO***, Taiwan***, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten; ***fordert die Weiterentwicklung von gemeinsamen Open-Source-Standards, Datenmodellen, Methoden und Taxonomien zusammen mit gleichgesinnten Partnern, um eine wirksamere Zusammenarbeit zu ermöglichen;***

Or. en

Änderungsantrag 1486
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;	64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten; ***fordert die Weiterentwicklung von gemeinsamen Open-Source-Standards, Datenmodellen, Methoden und Taxonomien zusammen mit gleichgesinnten Partnern, um eine wirksamere Zusammenarbeit zu ermöglichen;***

Or. en

Änderungsantrag 1487
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der	64. erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern ***wie den***

NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;

Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Japan und Taiwan sowie mit Organisationen wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 1488
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. ***erachtet es als äußerst wichtig, den Grundsätzen und Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie in*** der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat ***Vorrang einzuräumen; begrüßt die Schritte, die bereits*** im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der	64. ***stellt fest, dass im Rahmen*** der internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der G7, der NATO, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat ***und*** im Rahmen des bilateralen und multilateralen Engagements ***bereits Schritte*** unternommen wurden, insbesondere den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der

Vereinten Nationen für die Informationsintegrität auf digitalen Plattformen, die Zusage der Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen und auszuarbeiten;	Mitgliedstaaten des Europarats in der Erklärung von Reykjavik, Wahlsysteme vor ausländischer Einflussnahme zu schützen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften und die anhaltenden Bemühungen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus der G7, kollektive Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzusehen***, in Betracht zu ziehen*** und auszuarbeiten; ***betont jedoch, dass die Souveränität der Mitgliedstaaten stets geachtet werden muss und dass alle ergriffenen Maßnahmen Gegenstand von Konsultationen mit den betreffenden Mitgliedstaaten sein müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 1489
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64a. fordert, dass die künftige Architektur des Schutzschilds für die Demokratie spezifische Risikoindikatoren umfasst, die auf die Instrumentalisierung von Handel, Entwicklungshilfe und Staatsverschuldung zur Ausübung von politischem Druck durch autoritäre Regime bezogen sind, insbesondere gegenüber Bewerberländern, der Nachbarschaft und dem sogenannten Globalen Süden, um das auswärtige Handeln der Union zur Wahrung der demokratischen Integrität zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1490
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 65

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
65. begrüßt die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Mai 2025; bewertet es als positiv, dass ihr Schwerpunkt unter anderem auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen, hybriden Bedrohungen und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie auf dem Schutz kritischer Infrastruktur liegt;	65. begrüßt die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Mai 2025; bewertet es als positiv, dass ihr Schwerpunkt unter anderem auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen, hybriden Bedrohungen und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie auf dem Schutz kritischer Infrastruktur liegt; ***würdigt das Engagement des Vereinigten Königreichs und dessen Beitrag zur Sicherheit Europas;***

Or. en

Änderungsantrag 1491
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 65

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
65. begrüßt die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Mai 2025; bewertet es als positiv, dass ihr Schwerpunkt unter anderem auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen***, hybriden Bedrohungen*** und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie auf dem Schutz kritischer Infrastruktur liegt;	65. begrüßt die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Mai 2025; bewertet es als positiv, dass ihr Schwerpunkt unter anderem auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie auf dem Schutz kritischer Infrastruktur liegt;

Or. en

Änderungsantrag 1492
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 65 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	65a. bringt erneut seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Elemente der neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA deutlich zu kurz greifen, um der von Russland ausgehenden Bedrohung, insbesondere für die europäische und damit auch die amerikanische Sicherheit, angemessen zu begegnen; bedauert ferner die fehlerhafte Bewertung der EU als politisches System in der nationalen Sicherheitsstrategie; ist der Ansicht, dass die nationale Sicherheitsstrategie es noch deutlicher macht, dass Europa die strategische Autonomie voranbringen, Abhängigkeiten verringern und Partnerschaften diversifizieren muss;

Or. en

Änderungsantrag 1493
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 65 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	65a. weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten die wichtigsten Akteure in Bezug auf Nachrichtendienste und diplomatische Dienste sind;

Or. en

Änderungsantrag 1494
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;	66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen; ***schlägt vor, dass der Schutzschild für die Demokratie sowohl online als auch offline Unterstützung dabei bieten sollte, die Bemühungen um die Integrität von Wahlen in Europa auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zusammenzuführen, zu koordinieren und mit Mitteln auszustatten, einschließlich hinsichtlich Aspekten der Finanzierung von hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Informationsmanipulation;***

Or. en

Änderungsantrag 1495
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. ***betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität*** von	66. ***weist darauf hin, dass die Organisation, Durchführung und Überwachung*** von Wahlen ***in die***

Wahlen ***auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die*** Mitgliedstaaten ***auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen***;	***ausschließliche Zuständigkeit der*** Mitgliedstaaten ***fallen, und lehnt jede Auslegung ab, durch die die Zuständigkeiten der EU auf diesen Kernbereich der nationalen demokratischen Souveränität ausgeweitet würden***;

Or. en

Änderungsantrag 1496
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. ***betont***, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf***, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen***;	66. ***bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Kommission erklärt hat***, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission ***auf, die Verträge*** und die ***Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit einzuhalten und die Zuständigkeiten der*** Mitgliedstaaten ***im sensiblen Bereich Wahlen zu achten; betont, dass ernsthafte Bedenken in Bezug*** auf ***Zensur und unzulässige Einschränkungen der Redefreiheit sowie auf das Recht auf Information und auf freie Meinungsäußerung bestehen***;

Or. en

Änderungsantrag 1497
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips ***bei der Umsetzung von Reformen*** zusammenzuarbeiten, ***die darauf abzielen, die*** Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu ***stärken***, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;	66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; ***betont, dass die Hauptverantwortung für die Organisation, Durchführung und Überwachung von Wahlen bei den Mitgliedstaaten liegt;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips zusammenzuarbeiten, ***wenn es darum geht, die Bemühungen zur Stärkung der*** Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu ***unterstützen***, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;

Or. en

Änderungsantrag 1498
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf	66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips ***und der nationalen Souveränität, wie in den EU-Verträgen bestimmt,*** bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen

Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;	in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;

Or. en

Änderungsantrag 1499
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;	66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips ***und auch in Kooperation mit Bewerberländern*** bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;

Or. en

Änderungsantrag 1500
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die	66. betont, dass es ein Kernziel des Europäischen Schutzschilds für die

Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Einflussnahme zu legen;	Demokratie sein sollte, die Integrität von Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu schützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Reformen zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Resilienz von Wahlprozessen in Europa zu stärken, und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verhinderung ***von*** ausländischer Einflussnahme ***und der Manipulation von Algorithmen*** zu legen;
	Or. en

Änderungsantrag 1501
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. verurteilt aufs Schärfste jede Maßnahme der Kommission, ihrer Dienststellen oder Agenturen, die direkt oder indirekt in Wahlprozesse, politische Debatten oder die freie Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler eingreift; betont, dass die Beeinflussung der Moderation von Inhalten, des Informationsflusses oder des politischen Diskurses im Zusammenhang mit Wahlen einen inakzeptablen Eingriff darstellt, der mit den demokratischen Grundsätzen, den Verträgen und der Pflicht der Kommission zur institutionellen Neutralität unvereinbar ist; weist darauf hin, dass der Schutz der Demokratie nicht durch administrative oder regulatorische Einflussnahme auf politische Äußerungen erreicht werden kann; fordert die Kommission auf, ihr potenzielles Fehlverhalten vollständig transparent zu untersuchen und künftig von Praktiken abzusehen, die als Einmischung in Wahlen oder als

Förderung eines politisch bevorzugten Narrativs wahrgenommen werden könnten, für volle Transparenz hinsichtlich ihrer Kontakte und ihres Austauschs mit Online-Plattformen zu sorgen und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und den politischen Pluralismus, strikt zu achten;

Or. en

Änderungsantrag 1502
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. stellt fest, dass im Zusammenhang mit Wahlen die folgenden wiederkehrenden strategischen Muster bei Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu beobachten sind: unnatürliche Unterstützung für oder Diskreditierung von bestimmten Kandidaten oder politischen Parteien; vorsätzliche negative Einflussnahme auf das Vertrauen in Wahlverfahren und in die Einrichtungen, die für die Gewährleistung der demokratischen Integrität verantwortlich sind; Instrumentalisierung und Verbreitung polarisierender gesellschaftlicher Themen, um Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu verstärken; und koordinierte Anstrengungen, um die Glaubwürdigkeit etablierter Medien zu untergraben und gleichzeitig das Publikum auf kontrollierte oder unzuverlässige Informationsquellen zu lenken, wodurch eine Wahlentscheidung in Kenntnis der Umstände erschwert und das Vertrauen

der Öffentlichkeit in demokratische Systeme geschwächt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1503
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. betont, dass die Integrität von Wahlprozessen während des gesamten Wahlzyklus sowohl offline als auch online gewahrt werden muss; hebt hervor, dass bei auf Wahlen ausgerichteten Bedrohungen zunehmend physische, digitale und informationsbasierte Angriffe kombiniert werden; fordert ein koordiniertes Vorgehen der Union, bei dem diese Dimensionen gleichzeitig berücksichtigt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1504
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. ist der Ansicht, dass der Schutzschild für die Demokratie sowohl online als auch offline Unterstützung dabei bieten sollte, die Bemühungen um die Integrität von Wahlen in Europa auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zusammenzuführen, zu koordinieren und mit Mitteln auszustatten, einschließlich hinsichtlich Aspekten der Finanzierung von hybriden

Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Informationsmanipulation;

Or. en

Änderungsantrag 1505
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 66 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sowohl die physische Sicherheit als auch die Cybersicherheit von bei Wahlen eingesetzten Technologien zu stärken, einschließlich Systemen zur Wählerregistrierung,Stimmabgabegeräten sowie Systemen zur Stimmenauszählung und zur Übertragung von Ergebnissen; betont, dass unionsweite Mindestsicherheitsstandards, regelmäßige unabhängige Sicherheitsüberprüfungen und Penetrationstests, gesicherte Lieferketten, Schutz vor ausländischer Einflussnahme oder ausländischer Beteiligung und Notfallplanungs- und Krisenreaktionsmechanismen bei Cybervorfällen oder physischen Vorfällen erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 1506
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zur Umsetzung der	67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zur Umsetzung der

Empfehlungen der Kommission für inklusive, belastbare und stabile Wahlverfahren in der EU zu verstärken; betont insbesondere, dass es wichtig ist, nationale Wahlnetzwerke einzurichten, um die nationalen Behörden und Fachstellen dabei zu unterstützen, sich in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen;

Empfehlungen der Kommission für inklusive, belastbare und stabile Wahlverfahren in der EU zu verstärken; betont insbesondere, dass es wichtig ist, nationale Wahlnetzwerke einzurichten, um die nationalen Behörden und Fachstellen dabei zu unterstützen, sich in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen; ***fordert die systematische Entwicklung und Ausweitung von Stresstests mit Schwerpunkt auf Wahlen, bei denen auf praktischen Erfahrungen und Lehren aus früheren Wahlzyklen aufgebaut wird, damit Risiken im Zusammenhang mit der Manipulation von Informationen, der Einmischung über das Internet und plattformgesteuerter Verbreitungen besser vorausgesehen, simuliert und abgemildert werden können;***

Or. en

Änderungsantrag 1507
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen ***zur Umsetzung der*** Empfehlungen der Kommission ***für inklusive, belastbare und stabile Wahlverfahren in der EU zu verstärken***; betont ***insbesondere***, dass es wichtig ist, nationale Wahlnetzwerke einzurichten, um die nationalen Behörden und Fachstellen dabei zu unterstützen, sich in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen;	67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen ***auf freiwilliger Basis zu verstärken, um den*** Empfehlungen der Kommission ***zur Inklusion Rechnung zu tragen, und betont, dass Empfehlungen dieser Art nicht verbindlich sind und an die nationalen verfassungsmäßigen, rechtlichen und wahlbezogenen Gepflogenheiten angepasst werden müssen***; betont, dass es wichtig ist, ***erforderlichenfalls*** nationale Wahlnetzwerke einzurichten ***oder zu stärken***, um die nationalen Behörden und Fachstellen dabei zu unterstützen, sich in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen***, ohne dass eine Aufsicht auf EU-Ebene oder eine Harmonisierung der***

Wahlsysteme erfolgt;

Or. en

Änderungsantrag 1508
Jaroslav Bžoch

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen ***zur Umsetzung der Empfehlungen der*** Kommission ***für inklusive, belastbare und stabile*** Wahlverfahren in der ***EU zu verstärken***; ***betont insbesondere, dass es wichtig ist, nationale Wahlnetzwerke einzurichten, um die nationalen Behörden und Fachstellen dabei zu unterstützen, sich in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen;***	67. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen ***zum Schutz vor Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland zu verstärken; fordert die*** Kommission ***und die Organe der Union auf, die Mitgliedstaaten zu beraten und gemeinsam mit ihnen Ressourcen zu nutzen, darunter personelle und technologische Kapazitäten sowie Erfahrung, Fachwissen und relevante Informationen, um die Resilienz von*** Wahlverfahren in der ***Union zu stärken***;

Or. en

Änderungsantrag 1509
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. betont, dass unabhängige Forscher, Organisationen der Zivilgesellschaft und akkreditierte akademische Einrichtungen unter vollständiger Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre nen-nens-werten und zeitnahen Zugang zu den relevanten Plattformdaten erhalten müssen, damit die Resilienz bei Wahlen gestärkt werden

kann;

Or. en

Änderungsantrag 1510
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 68

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
68. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass Wahlbehörden bzw. andere entsprechende Stellen, die für gut funktionierende, freie und faire Wahlen zuständig sind, ausreichend finanziert und mit den geeigneten Instrumenten ausgestattet sind, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, sei es in Bezug auf die Schulung des Personals und die erforderlichen digitalen Instrumente oder in Bezug auf die Sicherstellung ausreichender Investitionen in Wahlgremien und Wahlinfrastruktur;	68. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass Wahlbehörden bzw. andere entsprechende Stellen, die für gut funktionierende, freie und faire Wahlen zuständig sind, ausreichend finanziert und mit den geeigneten Instrumenten ausgestattet sind, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, sei es in Bezug auf die Schulung des Personals und die erforderlichen digitalen Instrumente oder in Bezug auf die Sicherstellung ausreichender Investitionen in Wahlgremien und Wahlinfrastruktur; ***nimmt zur Kenntnis, dass Angriffe auf die Integrität von Wahlen vielschichtig, ganzheitlich und langfristig ausgerichtet sind und sich in ein Ökosystem von Bedrohungen einschreiben, denen im Wege eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes begegnet werden muss; betont, dass bei den Bemühungen um die Integrität von Wahlen ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden muss, bei dem Bedrohungen, einschließlich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, Desinformationskampagnen, Cyberbedrohungen und krimineller Maßnahmen, in koordinierter Weise bekämpft werden; betont, dass solche Bemühungen wirksam finanziert und mit Ressourcen ausgestattet werden müssen, und zwar nicht nur unmittelbar im Vorfeld einer Wahl, sondern durchgängig vor und nach einer Wahl; betont, dass***

Investitionen in Forschungs- und Analysenetzwerke für die Informationsgewinnung aus offenen Quellen und in ihre Funktion bei der Bekämpfung von Operationen zur Einflussnahme, Informationsmanipulation und Einmischung aus dem Ausland und hybriden Bedrohungen notwendig sind; betont, dass der Schwerpunkt bei den Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation, Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Operationen zur Einflussnahme generell darauf liegen muss, diese Bedrohungen durch die Auseinandersetzung mit Taktiken, Bedrohungsakteuren und systemischen Risiken systematisch zu unterbinden; stellt fest, dass Programme zur Bekämpfung von Informationsmanipulation darauf ausgerichtet sein sollten, informationstechnische Bedrohungen aktiv zu stören;

Or. en

Änderungsantrag 1511
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 68

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
68. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass Wahlbehörden bzw. andere entsprechende Stellen, die für gut funktionierende, freie und faire Wahlen zuständig sind, ausreichend finanziert und mit den geeigneten Instrumenten ausgestattet sind, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, sei es in Bezug auf die Schulung des Personals und die erforderlichen digitalen Instrumente oder in Bezug auf die Sicherstellung ausreichender Investitionen in	68. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass Wahlbehörden bzw. andere entsprechende Stellen, die für gut funktionierende, freie und faire Wahlen zuständig sind, ausreichend finanziert und mit den geeigneten Instrumenten ausgestattet sind, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, sei es in Bezug auf die Schulung des Personals und die erforderlichen digitalen Instrumente oder in Bezug auf die Sicherstellung ausreichender Investitionen in

Wahlgremien und Wahlinfrastruktur;	Wahlgremien und Wahlinfrastruktur; ***nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass diese Angelegenheiten in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen;***

Or. en

Änderungsantrag 1512
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 68 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68a. nimmt zur Kenntnis, dass Angriffe auf die Integrität von Wahlen vielschichtig, ganzheitlich und langfristig ausgerichtet sind und sich in ein Ökosystem von Bedrohungen einschreiben, denen im Wege eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes begegnet werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1513
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 68 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68a. betont, dass bei den Bemühungen um die Integrität von Wahlen ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden muss, bei dem Bedrohungen, einschließlich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, Desinformationskampagnen, Cyberbedrohungen und krimineller Maßnahmen, in koordinierter Weise

bekämpft werden; betont, dass solche Bemühungen wirksam finanziert und mit Ressourcen ausgestattet werden müssen, und zwar nicht nur unmittelbar im Vorfeld einer Wahl, sondern durchgängig vor und nach einer Wahl;

Or. en

Änderungsantrag 1514
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen durch Versuche von Drittländern, die EU zu destabilisieren, verstärkt werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;	69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; ***weist in diesem Zusammenhang auf die jüngste Hasskampagne in Polen hin, die sich gegen die konservative Regierung richtet und einen vulgären Slogan verwendet, der verschleiert mit acht Asterisken geschrieben wird;*** betont, dass solche Bedrohungen durch Versuche von Drittländern, die EU zu destabilisieren, verstärkt werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, ***nicht verbindliche*** Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1515
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag

Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen ***durch Versuche*** von Drittländern***, die EU zu destabilisieren,*** verstärkt werden können***; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen***; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;	69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen ***auch*** von Drittländern verstärkt werden können; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1516
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen ***durch Versuche*** von Drittländern***, die EU zu destabilisieren,*** verstärkt werden können***; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen***; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;	69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen ***auch*** von Drittländern ***und militanten Organisationen*** verstärkt werden können; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1517
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen durch Versuche von Drittländern, die EU zu destabilisieren, verstärkt werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;	69. ist der Ansicht, dass Hasskampagnen***, Einschüchterung*** und Gewalt, die es Kandidaten erschweren, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen oder mit Wählern zu interagieren, eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; betont, dass solche Bedrohungen durch Versuche von Drittländern, die EU zu destabilisieren, verstärkt werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, Empfehlungen zur Sicherheit in der Politik vorzulegen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um den Schutz von Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, und von gewählten Vertretern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1518
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 69 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	69a. betont, dass der Schutz und die Sicherheit von Frauen im politischen Leben eine Voraussetzung für die Verwirklichung einer gleichberechtigten Vertretung und für die Wahrung einer widerstandsfähigen und inklusiven Demokratie ist; verurteilt, dass Online-

Desinformationskampagnen eingesetzt werden, um Kandidatinnen zu schikanieren, zu bedrohen und einzuschüchtern, wobei häufig auf frauenfeindlichen Narrativen aufgebaut wird, um ihre Kompetenz, Glaubwürdigkeit und moralische Integrität infrage zu stellen; weist auf die Einmischung hin, die während Wahlprozessen in Moldau und in anderen Ländern Europas verzeichnet wurde, bei der weibliche Führungspersönlichkeiten unverhältnismäßig häufiger Ziel derartiger hybrider Taktiken waren, mit denen Frauen von der politischen Teilhabe abgehalten und demokratische Institutionen destabilisiert werden sollen; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, im Rahmen ihrer Strategien für die Integrität von Wahlen und die Resilienz der Demokratie gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um geschlechtsspezifische Desinformation zu überwachen, zu verhindern und dagegen vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 1519
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 69 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	69b. verurteilt die Nachahmung und die missbräuchliche Verwendung der Identität von Politikern, Journalisten und anderen Personen des öffentlichen Lebens in betrügerischer Werbung; weist warnend darauf hin, dass der Hauptzweck eines solchen Betrugs zwar finanzieller Gewinn ist, die unbefugte Verwendung des Abbilds und der Gestalt einer Person des öffentlichen Lebens jedoch zu Rufschädigung führen kann, zum

	Verwischen der Grenze zwischen authentischen Informationen und gefälschten Inhalten beiträgt und das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Prozesse und politische Akteure weiter untergräbt; fordert die Kommission auf, zu untersuchen, ob Online-Plattformen hinsichtlich ihres Vorgehens zur Entfernung illegaler Werbung die Vorschriften einhalten;

Or. en

Änderungsantrag 1520
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
70. unterstreicht, dass das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen eine wesentliche Funktion übernimmt, wenn es darum geht, den Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Resilienz bei Wahlen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten; stellt jedoch fest, dass seine Tätigkeiten derzeit eingeschränkt sind; begrüßt die Zusage der Kommission, das ECNE zu stärken, einschließlich Reformen wie der Einrichtung eines Speichers gemeinsamer Referenzen und Standards für Wahlprozesse;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1521
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

70. unterstreicht, dass das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen eine wesentliche Funktion übernimmt, wenn es darum geht, den Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Resilienz bei Wahlen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten; stellt jedoch fest, dass seine Tätigkeiten derzeit eingeschränkt sind; ***begrüßt die Zusage der Kommission, das ECNE zu stärken, einschließlich Reformen wie der Einrichtung eines Speichers gemeinsamer Referenzen und Standards für Wahlprozesse;***	70. unterstreicht, dass das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen eine wesentliche Funktion übernimmt, wenn es darum geht, den Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Resilienz bei Wahlen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten; stellt jedoch fest, dass seine Tätigkeiten derzeit eingeschränkt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1522
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
70. unterstreicht, dass das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen eine wesentliche Funktion übernimmt, wenn es darum geht, den Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Resilienz bei Wahlen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten; stellt jedoch fest, dass seine Tätigkeiten derzeit eingeschränkt sind; ***begrüßt*** die Zusage der Kommission, das ECNE zu stärken, einschließlich Reformen wie der Einrichtung eines Speichers gemeinsamer Referenzen und Standards für Wahlprozesse;	70. unterstreicht, dass das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen eine wesentliche Funktion übernimmt, wenn es darum geht, den Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Resilienz bei Wahlen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten; stellt jedoch fest, dass seine Tätigkeiten derzeit eingeschränkt sind; ***nimmt*** die Zusage der Kommission ***zur Kenntnis***, das ECNE zu stärken, einschließlich Reformen wie der Einrichtung eines Speichers gemeinsamer Referenzen und Standards für Wahlprozesse;

Or. en

Änderungsantrag 1523
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag

Ziffer 71

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
71. fordert die Kommission auf, ***sich stärker um Reformen des ECNE zu bemühen, unter anderem durch eine Überprüfung hinsichtlich seiner Ressourcen und seines ständigen Personals und durch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Mechanismus zur Stärkung der Resilienz bei Wahlen; unterstreicht, dass konkrete Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um die Beteiligung der Bewerberländer an den*** Tätigkeiten ***des ECNE zu forcieren***; ***fordert die Kommission auf, im Rahmen des ECNE eine ständige Überwachungsgruppe einzurichten, die für die Aufsicht über die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zu inklusiven und stabilen Wahlverfahren in der EU und der künftigen Empfehlungen zur Sicherheit politischer Akteure zuständig ist; vertritt die Auffassung, dass es außerdem in den Aufgabenbereich dieser Überwachungsgruppe fallen sollte, Vorschläge für künftige Aktualisierungen dieser Empfehlungen auszuarbeiten;***	71. fordert die Kommission auf, ***das ECNE und seine bisherigen*** Tätigkeiten ***und Arbeitsergebnisse zu überprüfen***;

Or. en

Änderungsantrag 1524
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 71

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
71. ***fordert die Kommission auf, sich stärker um Reformen des ECNE zu bemühen, unter anderem durch eine Überprüfung hinsichtlich seiner Ressourcen und seines ständigen Personals und durch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Mechanismus zur Stärkung der Resilienz***	71. unterstreicht, dass konkrete Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um die Beteiligung der Bewerberländer an den Tätigkeiten des ECNE zu forcieren;

bei Wahlen; unterstreicht, dass konkrete Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um die Beteiligung der Bewerberländer an den Tätigkeiten des ECNE zu forcieren; ***fordert die Kommission auf, im Rahmen des ECNE eine ständige Überwachungsgruppe einzurichten, die für die Aufsicht über die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zu inklusiven und stabilen Wahlverfahren in der EU und der künftigen Empfehlungen zur Sicherheit politischer Akteure zuständig ist; vertritt die Auffassung, dass es außerdem in den Aufgabenbereich dieser Überwachungsgruppe fallen sollte, Vorschläge für künftige Aktualisierungen dieser Empfehlungen auszuarbeiten;***

Or. en

Änderungsantrag 1525
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 71 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	71a. betont, dass die Kommission kontinuierlich und strukturiert mit Online-Plattformen, die in Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern betrieben werden, zusammenarbeiten muss, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen, damit die Rechenschaftspflicht der Plattformen, eine Risikominderung und die Einhaltung der einschlägigen Verpflichtungen sichergestellt werden, anstatt sich auf einmalige oder krisenbedingte Maßnahmen zu verlassen;

Or. en

Änderungsantrag 1526

Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. fordert die Kommission auf, das Parlament und die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (APPF) als ständige Partner in alle Sitzungen des ECNE einzubeziehen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1527
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. fordert die Kommission auf, das Parlament und die Behörde für europäische politische Parteien ***und europäische politische Stiftungen (APPF)*** als ständige Partner in alle Sitzungen des ECNE einzubeziehen;	72. fordert die Kommission auf, das Parlament und die Behörde für europäische politische Parteien ***sowie die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten*** als ständige Partner in alle Sitzungen des ECNE einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 1528
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. begrüßt das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende	73. ***betont, dass die Wahlinfrastruktur eine grundlegende Komponente der demokratischen Resilienz der Union***

Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; fordert die Kommission ***auf,*** diese ***Bemühungen durch eine gezielte Überarbeitung*** der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen ***zu ergänzen, damit die Wahlinfrastruktur in die Liste der wesentlichen Dienste im Bereich der öffentlichen Verwaltung gemäß der Richtlinie*** aufgenommen ***wird***;

darstellt und wirksam vor zunehmenden physischen Bedrohungen und Cyberbedrohungen geschützt werden muss; begrüßt ***daher*** das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; fordert die Kommission ***und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Wahlinfrastruktur im Rahmen des EU-Besitzstands als kritisch behandelt wird, indem*** diese ***formell in die kritischen Einrichtungen gemäß*** der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen aufgenommen ***und ausdrücklich als wesentliche oder wichtige Einrichtung im Rahmen der NIS-2-Richtlinie abgedeckt ist, um ein hohes gemeinsames Maß an Sicherheit und Resilienz hinsichtlich Wahlprozessen in der gesamten Union zu gewährleisten***;

Or. en

Änderungsantrag 1529
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. begrüßt das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; fordert die Kommission auf, diese Bemühungen durch eine gezielte Überarbeitung der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen zu ergänzen, damit die Wahlinfrastruktur in die Liste der wesentlichen Dienste im Bereich der öffentlichen Verwaltung gemäß der Richtlinie aufgenommen wird;	73. begrüßt das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; fordert die Kommission auf, diese Bemühungen durch eine gezielte Überarbeitung der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen zu ergänzen, damit die Wahlinfrastruktur in die Liste der wesentlichen Dienste im Bereich der öffentlichen Verwaltung gemäß der Richtlinie aufgenommen wird; ***fordert die Kommission auf, in***

	Zusammenarbeit mit der ENISA und den Mitgliedstaaten EU-weite Cybersicherheitsstandards für Wahlinfrastruktur zu entwickeln und anzunehmen, damit kritische demokratische Systeme vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2029 verbindliche Zertifizierungsanforderungen mit hoher Sicherheit und Verpflichtungen zur Lieferkettensicherheit erfüllen;

Or. en

Änderungsantrag 1530
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. begrüßt das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; ***fordert die Kommission auf, diese Bemühungen durch eine gezielte Überarbeitung der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen zu ergänzen, damit die Wahlinfrastruktur in die Liste der wesentlichen Dienste im Bereich der öffentlichen Verwaltung gemäß der Richtlinie aufgenommen wird;***	73. begrüßt das Ziel der Kommission, den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen;

Or. en

Änderungsantrag 1531
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. begrüßt das Ziel der Kommission,	73. begrüßt das Ziel der Kommission,

den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; fordert die ***Kommission auf, diese Bemühungen durch eine gezielte Überarbeitung der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen zu ergänzen, damit die*** Wahlinfrastruktur ***in die Liste der wesentlichen Dienste im Bereich der öffentlichen Verwaltung gemäß der Richtlinie aufgenommen wird***;

den Schutz von wahlbezogener Infrastruktur durch bestehende Rechtsvorschriften und Instrumente auszubauen; ***betont, dass die ausschließliche Zuständigkeit für die Gestaltung und den Schutz der Wahlverfahren bei den Mitgliedstaaten liegt;*** fordert die ***Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die Integrität und Sicherheit von*** Wahlinfrastruktur ***sicherzustellen und sie als kritische Infrastruktur anzuerkennen***;

Or. en

Änderungsantrag 1532
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten;	74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen ***und Parteien*** innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; ***ist besorgt über anhaltende Mängel bei den bestehenden Registern der wirtschaftlichen Eigentümer in den Mitgliedstaaten, einschließlich der Qualität der Daten oder der Gefahr eines übermäßig eingeschränkten Zugangs zu den Registern wirtschaftlicher Eigentümer für Personen mit berechtigtem Interesse wie Journalisten***

oder Organisationen der Zivilgesellschaft; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Richtlinie (EU) 2024/1640, mit der die Vorschriften für den Zugang zu Registern wirtschaftlicher Eigentümer harmonisiert werden, vollständig und getreu umzusetzen, und zwar unter anderem indem von der Annahme ausgegangen wird, dass Journalisten und Organisationen der Zivilgesellschaft ein berechtigtes Interesse haben; fordert die Kommission auf, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn Mitgliedstaaten die Richtlinie (EU) 2024/1640 nicht in nationales Recht umsetzen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und ***Finanzströme sowie*** heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten; ***fordert die Kommission auf, EU-Rechtsvorschriften über Wahlkämpfe und die Finanzierung von Parteien vorzuschlagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ein Verbot ausländischer Spenden, einschließlich Sach- und Geldspenden sowie Sach- und Geldleistungen, und eine Obergrenze für Spenden an politische Parteien und Kandidaten einzuführen; ist der Auffassung, dass politische Akteure, denen ein ausländischer Akteur eine Geld- oder Sachspende angeboten hat und/oder die eine Spende dieser Art angenommen haben, verpflichtet sein müssen, dies den zuständigen Behörden zu melden, und dass diese Informationen wiederum auf Unionsebene gemeldet werden sollten, um eine unionsweite Überwachung zu ermöglichen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten in diesem Sinne auf, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um die Zusammenarbeit zwischen den für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Behörden und der unabhängigen Wahlkommission in den Mitgliedstaaten***

zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 1533
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont ***insbesondere, dass gegen verdeckte*** politische Kommunikation***, einschließlich undurchsichtiger*** Finanzierungsstrukturen und ***heimlicher*** Geldgeber***, vorgegangen*** werden ***muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten***;	74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich ***auf transparente Weise*** mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont***, dass politische Werbung und*** politische Kommunikation ***im Online-Umfeld hinsichtlich der letztendlichen Finanzierungsquelle vollständig transparent sein müssen; fordert ein ausdrückliches Verbot der Finanzierung über Stellvertreter, von zwischengeschalteten*** Finanzierungsstrukturen und ***anderen Systemen, mit denen der tatsächliche*** Geldgeber ***verschleiert*** werden ***soll, einschließlich der Nutzung von Briefkastenfirmen, Einflussnehmern oder Werbenetzwerken Dritter***;

Or. en

Änderungsantrag 1534

Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die ***parteipolitische*** Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung ***extremistischer Bewegungen innerhalb*** der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten;	74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in die ***politische*** Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung ***von politischen Akteuren*** der EU***, einschließlich des Europäischen Parlaments,*** durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten; ***fordert Transparenz hinsichtlich der Finanzierung der Zivilgesellschaft, insbesondere im Hinblick auf „politische“ nichtstaatliche Organisationen;***

Or. en

Änderungsantrag 1535
Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in	74. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Einmischung ausländischer Akteure in

die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten;	die parteipolitische Landschaft in Europa auseinanderzusetzen***, in Bezug auf Unterstützung sowohl auf rhetorischer als auch auf finanzieller Ebene***; nimmt mit Besorgnis verschiedene Beispiele für die Finanzierung extremistischer Bewegungen innerhalb der EU durch Drittstaaten zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass finanzielle Transparenz ein wichtiges Instrument ist, um dieses Problem zu beleuchten, und fordert in diesem Zusammenhang einen verstärkten Austausch zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen; betont insbesondere, dass gegen verdeckte politische Kommunikation, einschließlich undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und heimlicher Geldgeber, vorgegangen werden muss, um die demokratische Integrität zu wahren und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1536
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 74 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	74a. weist darauf hin, dass in der Vergangenheit und bereits lange vor der Gründung der Open Society Foundation zahlreiche, pro-Brüssel ausgerichtete Organisationen, darunter das Jean Monnet-Komitee, im Geheimen direkt oder indirekt aus dem Ausland finanziert wurden, ohne dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger darüber informiert wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 1537

Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. nimmt mit Besorgnis die sich verdichtenden Beweise für Einflussnahme und Spionage aus dem Ausland im politischen System Europas zur Kenntnis; begrüßt die Ermittlungsbemühungen in den Mitgliedstaaten, die zu Verurteilungen und laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Bestechung, Spionage und der Förderung fremder Staatsinteressen geführt haben; hebt die ernsthaften Risiken hervor, die durch unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bei der Rekrutierung von Mitarbeitern und Partnern mit engen Verbindungen zu autoritären Regimen entstehen;	75. nimmt mit Besorgnis die sich verdichtenden Beweise für Einflussnahme und Spionage aus dem Ausland im politischen System Europas zur Kenntnis***; betont, dass festgestellt wurde, dass derartige Spionage nicht nur auf Ebene der Mitgliedstaaten erfolgte, sondern auch innerhalb der EU-Organe, auch jener, die mit der Gestaltung der europäischen Demokratie und der demokratischen Vertretung betraut sind, wie das Europäische Parlament und andere EU-Einrichtungen***; begrüßt die Ermittlungsbemühungen in den Mitgliedstaaten, die zu Verurteilungen und laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Bestechung, Spionage und der Förderung fremder Staatsinteressen geführt haben; hebt die ernsthaften Risiken hervor, die durch unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bei der Rekrutierung von Mitarbeitern und Partnern mit engen Verbindungen zu autoritären Regimen ***sowie aus der Verwendung hochriskanter, von Einrichtungen außerhalb der EU – einschließlich Anbietern im Bereich der Cybersicherheit – bereitgestellter Software und Hardware*** entstehen***, und zwar vor dem Hintergrund nachvollziehbarer Bedenken hinsichtlich ihrer Verbindungen zu ausländischen staatlichen Nachrichtendiensten und ihrer Aufgaben in Spionage- und Informationsoperationen, wodurch die Gefahr besteht, dass es in den EU-Organen zu unbefugtem Zugriff, Überwachung und Datenlecks kommt***;

Or. en

Änderungsantrag 1538
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. nimmt mit Besorgnis die sich verdichtenden Beweise für Einflussnahme und Spionage aus dem Ausland im politischen System Europas zur Kenntnis; begrüßt die Ermittlungsbemühungen in den Mitgliedstaaten, die zu Verurteilungen und laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Bestechung, Spionage und der Förderung fremder Staatsinteressen geführt haben; hebt die ernsthaften Risiken hervor, die durch unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bei der Rekrutierung von Mitarbeitern ***und Partnern mit engen Verbindungen zu autoritären Regimen*** entstehen;	75. nimmt mit Besorgnis die sich verdichtenden Beweise für Einflussnahme und Spionage aus dem Ausland im politischen System Europas zur Kenntnis; begrüßt die Ermittlungsbemühungen in den Mitgliedstaaten, die zu Verurteilungen und laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Bestechung, Spionage und der Förderung fremder Staatsinteressen geführt haben; hebt die ernsthaften Risiken hervor, die durch unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bei der Rekrutierung von Mitarbeitern entstehen;

Or. en

Änderungsantrag 1539
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 75 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	75a. ist zutiefst besorgt über schwerwiegende und gut dokumentierte Vorwürfe, wonach ungarische Geheimdienste Spionageaktivitäten durchgeführt haben, die sich gegen die EU-Organe richten, einschließlich der gemeldeten Überwachung von Ermittlern des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) während Erkundungsmissionen in Ungarn, und über neuere Vorwürfe, wonach versucht wurde, die Einstellung von EU-Beamten in Brüssel zu erwirken, um vertrauliche

Informationen und Vorwarnungen zu heiklen Verfahren zu erhalten; betont, dass derartige Handlungen – sollten sie sich als wahrheitsgetreu erweisen – einen inakzeptablen Angriff auf die Integrität und Sicherheit der Unionsorgane und einen eindeutigen Verstoß gegen den in Artikel 4 Absatz 3 EUV verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit darstellen würden, wodurch das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und das ordnungsgemäße Funktionieren der Union beeinträchtigt würden; fordert die Kommission auf, sorgfältige, rasche und transparente Folgemaßnahmen zu ergreifen, unter anderem durch ihre internen Sicherheitsdienste und erforderlichenfalls mittels Vertragsverletzungsverfahren und anderer Maßnahmen zum Schutz der Bediensteten und der Daten der EU; fordert nachdrücklich die Einführung verstärkter Sicherungsmaßnahmen im Bereich Spionageabwehr und verbindlicher Sicherheitsprotokolle für Kontakte mit Vertretern von Drittländern und Mitgliedstaaten, wenn Risiken festgestellt werden; betont, dass die Bekämpfung und Verhinderung von Spionage- und Infiltrationsversuchen gegen EU-Organe integraler Bestandteil des Umgangs mit hybriden Bedrohungen und feindseliger Einflussnahme im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 1540
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 75 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	75a. stellt sich die Frage, ob ehemalige britische Beamte weiterhin strategische

Positionen und Führungspositionen in der EU ausüben dürfen sollten;

Or. fr

Änderungsantrag 1541
Nathalie Loiseau, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen;	76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis***, insbesondere, was den Umstand anbelangt, dass Parteien aus Drittländern weder Vetorechte noch Kontrolle über europäische Parteien haben sollten***; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen; ***ist der Ansicht, dass innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens strengere Vorschriften eingeführt werden sollten, um jegliche Finanzierung durch Akteure aus Drittstaaten zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 1542
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der	76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der

Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen;	Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen; ***stellt fest, dass die Behörde auch Mitglieder von Oppositionsparteien einstellen sollte, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren;***

Or. fr

Änderungsantrag 1543
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. ***begrüßt*** die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen;	76. ***nimmt*** die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen ***zur Kenntnis***; nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen ***und dabei die nationalen Zuständigkeiten uneingeschränkt zu achten und nicht in die internen Angelegenheiten nationaler politischer Parteien einzugreifen***;

Or. en

Änderungsantrag 1544
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; ***nimmt die Bestimmungen über die Finanzierung und Beteiligung von Parteien aus Drittländern zur Kenntnis;*** fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen;	76. begrüßt die vor Kurzem angenommene überarbeitete Fassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen; fordert die gesetzgebenden Organe auf, für ihre vollumfängliche und wirksame Durchsetzung zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 1545
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 76 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	76a. betont, dass unsere Demokratien gegenüber Einflussnahme aus dem Ausland und autoritären Tendenzen gestärkt werden müssen; fordert die Kommission auf, den Umfang des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit auszuweiten, indem Demokratie und Grundrechte abgedeckt werden, und den Mitgliedstaaten Empfehlungen vorzulegen, die sich auf die Stärkung ihrer Demokratien durch solide rechtliche Garantien hinsichtlich freier und fairer Wahlen sowie auf Kontrollen und Gegenkontrollen bei Maßnahmen, die auf den Abbau von Rechten und Freiheiten abzielen, beziehen;

Or. en

Änderungsantrag 1546
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 76 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	76a. betont, dass die Wahrung der Integrität von Wahlen auch eine angemessene Abwehrbereitschaft im Bereich Cybersicherheit erfordert, die durch industriell erprobte Fähigkeiten zur Überwachung, Prüfung und Stärkung der Resilienz von Wahlinfrastruktur gegen cybergestützte Einflussnahme abgesichert ist;

Or. en

Änderungsantrag 1547
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. stellt fest, dass die Entwicklungen im Bereich der Kryptowährungen ***eine*** potenzielle Sicherheitslücke schaffen, die sich aus einem Mangel an Transparenz und an Kontrollierbarkeit der Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in Europa ergibt; nimmt das Vorhaben der Kommission zur Kenntnis, unter dem Dach des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen und in enger Zusammenarbeit mit anderen EU-Netzen und Interessenträgern nationale Sachverständige zusammenbringen, um zu diesem Thema bewährte Verfahren auszutauschen, mögliche Leitlinien auszuarbeiten und gemeinsame Maßnahmen zu fördern; fordert die Kommission auf, die Umsetzung des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Verordnung über	77. stellt fest, dass die ***rasanten*** Entwicklungen im Bereich der Kryptowährungen ***– unter anderem über den dezentralen Finanzsektor (DeFi) und Plattformen bzw. Dienstleister, die außerhalb der Union tätig sind – eine erhebliche*** potenzielle Sicherheitslücke schaffen, die sich aus einem Mangel an Transparenz und an Kontrollierbarkeit der Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in Europa ergibt***; betont insbesondere, dass Kryptowerte aufgrund ihres pseudonymisierten Charakters, ihrer globalen Reichweite und einer möglichen Verwendung von Anonymisierungstechniken und -diensten leicht genutzt werden können, um die tatsächliche Herkunft von Spenden an politische Parteien zu verschleiern und***

Märkte für Kryptowerte weiterhin zu überwachen und etwaige Lücken, die noch in den Rechtsvorschriften bestehen, zu schließen;	***Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratische Prozesse zu ermöglichen***; nimmt das Vorhaben der Kommission zur Kenntnis, unter dem Dach des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen und in enger Zusammenarbeit mit anderen EU-Netzen und Interessenträgern nationale Sachverständige zusammenbringen, um zu diesem Thema bewährte Verfahren auszutauschen, mögliche Leitlinien auszuarbeiten und gemeinsame Maßnahmen zu fördern; fordert die Kommission auf, die Umsetzung des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Verordnung über Märkte für Kryptowerte weiterhin zu überwachen***, für eine wirksame und einheitliche Durchsetzung zu sorgen*** und etwaige Lücken, die noch in den Rechtsvorschriften bestehen, ***unverzüglich*** zu schließen***, und zwar insbesondere jene Lücken, die der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) bereits in Bezug auf grenzüberschreitende Bewegungen von Stablecoins ermittelt hat, da sie das Risiko weiter erhöhen, dass Kryptowerte als Hintertür für illegale Finanzierung politischer Parteien aus dem Ausland und Einflussnahme aus dem Ausland, illegal erworbene Vermögenswerte und andere illegale Finanzströme genutzt werden können, wodurch die demokratische Rechenschaftspflicht und das Vertrauen der Öffentlichkeit beeinträchtigt werden***; ***fordert die Kommission ferner auf, verstärkte Maßnahmen vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass Spenden an politische Parteien unter Verwendung von Kryptowerten dem Grundsatz des bekannten Spenders unterliegen, und für dieselben Transparenz- und Rechenschaftsstandards zu sorgen wie bei traditionellen finanziellen Zuwendungen;***
	Or. en

Änderungsantrag 1548

Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. stellt fest, dass die Entwicklungen im Bereich der Kryptowährungen eine potenzielle Sicherheitslücke schaffen, die sich aus einem Mangel an Transparenz und an Kontrollierbarkeit der Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in Europa ergibt; nimmt das Vorhaben der Kommission zur Kenntnis, unter dem Dach des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen und in enger Zusammenarbeit mit anderen EU-Netzen und Interessenträgern nationale Sachverständige zusammenbringen, um zu diesem Thema bewährte Verfahren auszutauschen, ***mögliche*** Leitlinien auszuarbeiten und gemeinsame Maßnahmen zu fördern; fordert die Kommission auf, die Umsetzung des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Verordnung über Märkte für Kryptowerte weiterhin zu überwachen und etwaige Lücken, die noch in den Rechtsvorschriften bestehen, zu schließen;	77. stellt fest, dass die Entwicklungen im Bereich der Kryptowährungen eine potenzielle Sicherheitslücke schaffen, die sich aus einem Mangel an Transparenz und an Kontrollierbarkeit der Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in Europa ergibt; nimmt das Vorhaben der Kommission zur Kenntnis, unter dem Dach des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen und in enger Zusammenarbeit mit anderen EU-Netzen und Interessenträgern nationale Sachverständige zusammenbringen, um zu diesem Thema bewährte Verfahren auszutauschen, ***nicht verbindliche*** Leitlinien auszuarbeiten und gemeinsame Maßnahmen zu fördern; fordert die Kommission auf, die Umsetzung des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Verordnung über Märkte für Kryptowerte weiterhin zu überwachen und etwaige Lücken, die noch in den Rechtsvorschriften bestehen, zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1549
Nathalie Loiseau, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 77 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	77a. weist auf die Rolle der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen bei der Kontrolle der Finanzierung europäischer politischer Parteien hin; stellt fest, dass Diskrepanzen bei der Regelung der Finanzierung politischer Parteien durch

Personen und Einrichtungen aus Drittländern auf nationaler Ebene zu Rechtslücken führen, die es ermöglichen, Mittel von nationalen an europäische Parteien zu übertragen, was unter anderen Umständen nicht zulässig wäre; besteht darauf, dass die nationalen Behörden, die für die Kontrolle der Finanzen der nationalen politischen Parteien zuständig sind, besser zusammenarbeiten müssen; ist besorgt darüber, dass sich einige Organisationen auf nationaler Ebene nicht bewusst sind, welche anderen Organisation bestehen, bzw. dass sie keine Informationen austauschen, was zur Bildung von Silos führt; fordert die Mitgliedstaaten auf, bewährte Verfahren voneinander zu übernehmen und so für eine unabhängige Aufsicht über die Finanzierung politischer Parteien zu sorgen; ist besorgt darüber, dass einige zentrale Meldestellen nicht über ein Mandat zur Übermittlung der von ihnen erhobenen Informationen über Einflussnahme bei nationalen und europäischen Wahlen verfügen; fordert die Mitgliedstaaten auf, deren Mandat zu überarbeiten, um den Informationsfluss zu verbessern; fordert eine Stärkung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen, um die nationalen und europäischen Organisationen, die für die Kontrolle der Finanzierung von politischen Parteien zuständig sind, besser zu koordinieren;

Or. en

Änderungsantrag 1550
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 77 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	77a. ist zutiefst besorgt über die jüngsten Sanktionen der US-Regierung von Präsident Trump gegen Personen, die mit internationalen Organisationen in Verbindung stehen, insbesondere die Berichterstatterin der Vereinten Nationen Francesca Albanese und mehrere Richter des IStGH, die diesen den Zugang zu alltäglichen Dienstleistungen, insbesondere zu Finanzdienstleistungen, verunmöglichen; ist zutiefst besorgt über die jüngsten Sanktionen der US-Regierung von Präsident Trump gegen den ehemaligen EU-Kommissar Thierry Breton und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, die dazu dienen, Druck auf Beamte und die Zivilgesellschaft, die an den Diskussionen über das Gesetz über digitale Dienste und seiner Umsetzung beteiligt sind, auszuüben und die die Regulierungshoheit der EU bedrohen;

Or. en

Änderungsantrag 1551
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. Einzelpersonen***, deren*** Handlungen ***darauf abzielen***, die demokratische Integrität der ***EU oder ihrer*** Mitgliedstaaten zu schädigen, ***eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darstellen***; ***betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und***	78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. Einzelpersonen ***nur als unmittelbare und verhältnismäßige Reaktion auf eindeutig festgestellte und nachgewiesene*** Handlungen ***mit dem Ziel***, die demokratische Integrität der Mitgliedstaaten zu schädigen, ***verhängt werden sollten***;

Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1552
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen ***fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. Einzelpersonen, deren*** Handlungen darauf abzielen, die ***demokratische*** Integrität der EU ***oder ihrer*** Mitgliedstaaten zu ***schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele*** des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***darstellen***; betont ***ferner, dass wirksame*** Sanktionen ***einen umfangreichen Maßnahmenkatalog*** umfassen ***müssen***, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, ***Erhöhungen von*** Kosten ***und*** Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, ***Einreiseverbote*** und andere ***einschlägige*** restriktive Maßnahmen;	78. Ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen ***staatliche und nichtstaatliche Akteure und Personen, die an*** Handlungen ***beteiligt sind, die*** darauf abzielen, die Integrität der EU***, die Demokratie, die Souveränität und die verfassungsmäßige Ordnung der*** Mitgliedstaaten zu ***untergraben, ein wesentlicher Bestandteil*** des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***sind***; betont***, dass solche*** Sanktionen ***rasch, gezielt und abschreckend sein müssen und ein umfassendes Maßnahmenpaket*** umfassen ***sollten***, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, ***eine klare*** Zuweisung und ***öffentliche*** Aufdeckung von Verantwortung, ***die Auferlegung erheblicher wirtschaftlicher und finanzieller*** Kosten***,*** Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, ***Reiseverbote, die Verweigerung des Zugangs zu den Märkten und Finanzsystemen der EU*** und andere ***wirksame, robuste und wirkungsvolle*** restriktive Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1553
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. Einzelpersonen, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;	78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. Einzelpersonen, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen; ***fordert den Rat erneut auf, bei Beschlüssen im Rahmen unserer Sanktionsregelung schrittweise zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen;***

Or. en

Änderungsantrag 1554
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Einzelpersonen***, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die	78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Personen***, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die

Demokratie darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;	Demokratie darstellen***, vorausgesetzt, dass die Bewertung unvoreingenommen und für alle Akteure einheitlich ist***; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1555
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Einzelpersonen***, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente ***der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie*** darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;	78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Personen***, deren Handlungen ***erkennbar*** darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente ***des Schutzes der EU und ihrer Mitgliedstaaten*** darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1556
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Einzelpersonen***, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, ***darunter das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten,*** Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;	78. ist der Ansicht, dass Sanktionen gegen fremde Staaten oder ausländische Einrichtungen bzw. ***Personen***, deren Handlungen darauf abzielen, die demokratische Integrität der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu schädigen, eine wichtige Komponente der Ziele des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darstellen; betont ferner, dass wirksame Sanktionen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfassen müssen, ***wie die*** Zuweisung und Aufdeckung von Verantwortung, Erhöhungen von Kosten und Einschränkungen von Einnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Einreiseverbote und andere einschlägige restriktive Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1557
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78 a. betont, dass die Wirksamkeit des Sanktionsinstrumentariums des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie davon abhängt, ob es in der Lage ist, nicht nur gegen staatlich geförderte hybride Aktivitäten vorzugehen, sondern auch gegen nichtstaatliche Akteure, Netzwerke und Mittelsleute, die solche Aktivitäten durchführen, ermöglichen oder dafür

bezahlt werden; weist darauf hin, dass die restriktiven Maßnahmen der EU gegen den Terrorismus für Personen, Vereinigungen und Organisationen gelten; fordert die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die einschlägigen Sanktionsinstrumente, sofern rechtlich gerechtfertigt, konsequent gegen finanzielle, logistische und technische Akteure hybrider Einflussnahme eingesetzt werden, unter anderem durch die Bezahlung solcher Dienste mithilfe des Internets und verdeckte Finanzierungsströme;

Or. en

Änderungsantrag 1558
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78 a. erkennt zwar uneingeschränkt das legitime Ziel an, Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Informationsmanipulation zu ergreifen, fordert die Kommission jedoch auf, zu bewerten, ob die EU-Sanktionen zur Bekämpfung von Desinformation dem Erfordernis der Verhältnismäßigkeit nach EU-Recht und Artikel 11 der Charta entsprechen; ist der Ansicht, dass das Recht auf Anhörung und angemessene rechtliche Schutzvorkehrungen gewährleistet sein müssen, bevor der Rat solche Maßnahmen ergreift, vor allem wenn die Rechte von EU-Bürgern, insbesondere von Journalisten, dadurch beeinträchtigt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 1559
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78a. stellt fest, dass subventionierte Einrichtungen zur Faktenprüfung wie EU DisinfoLab weiterhin Mittel erhalten und von Unionsorganen weiterhin als Sachverständige eingeladen werden, obwohl sie von der französischen und belgischen nationalen Kommission für Informatik und Freiheiten im Fall Benalla und aufgrund von politischem Profiling von Twitter-Konten gerügt wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 1560
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78 a. fordert den Rat und die Kommission auf, die Sanktionen gegen Russland effizienter zu gestalten und ihre Wirkung zu verstärken, um Russland schlussendlich daran zu hindern, seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortzusetzen und die Sicherheit weiterer Nachbarländer zu bedrohen;

Or. en

Änderungsantrag 1561
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag

Ziffer 78 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78b. erinnert an den Skandal im Zusammenhang mit dem Marianne-Fonds, der dem enthaupteten Lehrer Samuel Paty gewidmet wurde und wobei Mittel unter fragwürdigen Umständen verschwendet wurden; fordert strenge Kontrollen der Mittel für die Bekämpfung von Hass und die Förderung der Demokratie;

Or. fr

Änderungsantrag 1562
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 78 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78c. stellt fest, dass ein Journalist entlassen wurde, nachdem er der Kommission eine Frage gestellt hatte; ist besorgt über den wiederholten Druck auf oppositionelle Medien in Frankreich (CNews, C8, France soir);

Or. fr

Änderungsantrag 1563
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten,	79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten,

einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen***, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke Russlands in Drittländern, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, vorgeht und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und mit Wagner in Verbindung stehende Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten***; ***ist der Ansicht, dass die EU, um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, Sekundärsanktionen auf Unternehmen aus Drittländern – und insbesondere aus China – ausweiten sollte, die russische Operationen erleichtern, und dass sie russischen Cybersöldnern die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die verdeckt von Moskau finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;***

einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen;

Or. en

Änderungsantrag 1564
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf	79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf

optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke Russlands in Drittländern, insbesondere in Afrika ***und*** im Nahen Osten, vorgeht und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und ***mit*** Wagner ***in Verbindung stehende Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten***; ist der Ansicht, dass die EU, um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, Sekundärsanktionen auf Unternehmen aus Drittländern – und insbesondere aus China – ausweiten sollte, die russische Operationen erleichtern, und dass sie russischen Cybersöldnern die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die verdeckt von Moskau finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;

optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke Russlands in Drittländern, insbesondere in Afrika***,*** im Nahen Osten ***und in Lateinamerika (insbesondere Kuba und Nicaragua)***, vorgeht und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und ***und mit dem Kreml verbundene paramilitärische Hilfstruppen wie die Gruppe*** Wagner***, die Terrorakte und feindselige destabilisierende Handlungen begehen***; ist der Ansicht, dass die EU, um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, Sekundärsanktionen auf Unternehmen aus Drittländern – und insbesondere aus China ***einschließlich solcher mit Sitz in Hongkong*** – ausweiten sollte, die russische Operationen erleichtern, und dass sie russischen***, nordkoreanischen, iranischen, chinesischen und anderen feindlichen*** Cybersöldnern die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die verdeckt von Moskau finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1565
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten ***Russlands*** ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke ***Russlands*** in Drittländern***, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten***, ***vorgeht*** und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und ***mit Wagner in Verbindung stehende*** Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten; ist der Ansicht, dass die EU***,*** um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, Sekundärsanktionen auf ***Unternehmen*** aus Drittländern ***– und insbesondere aus China –*** ausweiten sollte, ***die russische Operationen erleichtern,*** und dass sie ***russischen*** Cybersöldnern die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die ***verdeckt von Moskau*** finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;	79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich sekundärer Sanktionen gegen Einrichtungen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten ***feindseliger Drittländer*** ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, ***indem*** indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke ***vorgeht, die von feindseligen Drittländern betrieben und*** in Drittländern ***eingerichtet werden***, und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und ***solche*** Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten***, die eine koordinierte feindselige Einflussnahme und keine legitime freie Meinungsäußerung darstellen***; ist der Ansicht, dass die EU um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, Sekundärsanktionen auf ***Einrichtungen*** aus Drittländern ausweiten sollte, und dass sie Cybersöldnern***, die für feindselige Drittländer tätig sind,*** die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die ***nachweislich von feindseligen Drittländern*** finanziert werden, ***unter uneingeschränkter Achtung eines ordnungsgemäßen Verfahrens und der Unschuldsvermutung*** öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;

Änderungsantrag 1566
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich ***sekundärer*** Sanktionen gegen Einrichtungen, die ***an der*** Umgehung von Sanktionen beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke Russlands in Drittländern, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, vorgeht und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und mit Wagner in Verbindung stehende Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten; ist der Ansicht, dass die EU, um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, ***Sekundärsanktionen auf Unternehmen*** aus Drittländern – ***und*** insbesondere aus China – ausweiten sollte, die russische Operationen ***erleichtern***, und dass sie russischen Cybersöldnern die Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die verdeckt von Moskau	79. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, verhängte Sanktionen regelmäßig und sorgfältig im Hinblick auf optimale Effizienz und eine eventuelle neuerliche Ausweitung zu bewerten, einschließlich Sanktionen gegen ***Personen und*** Einrichtungen, die ***für die aktive*** Umgehung ***der Wirksamkeit*** von Sanktionen ***der EU gegen Russland*** beteiligt sind; ist der Ansicht, dass die EU insbesondere im Bereich der hybriden Bedrohungen und destabilisierenden Aktivitäten Russlands ihre Sanktionsregelung weiter ausweiten sollte, indem sie die finanziellen und technischen Hilfsstrukturen wie Kryptobörsen, Werbenetze und Hosting-Anbieter ins Visier nimmt, auf die sich Desinformation, Cyberangriffe und Wahleinmischung stützen, und gleichzeitig gegen die Proxy-Netzwerke Russlands in Drittländern, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, vorgeht und Sanktionen gegen Medienunternehmen, Logistikzentren und mit Wagner in Verbindung stehende Gruppen verhängt, die EU-feindliche Narrative verbreiten; ist der Ansicht, dass die EU, um die Kosten hybrider Aggressionen weiter zu erhöhen, ***Sanktionen auf Personen und Einrichtungen*** aus Drittländern – insbesondere aus China – ausweiten sollte, die ***für die aktive Umgehung von Sanktionen verantwortlich sind die*** russische Operationen ***ermöglichen***, und dass sie russischen Cybersöldnern die

finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;	Nutzung von in der EU ansässigen Diensten wie Hosting-, Domain- und Cloud-Diensten untersagen und EU-Politiker oder -Lobbyisten, die verdeckt von Moskau finanziert werden, öffentlich bekannt machen und mit Sanktionen belegen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1567
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 79 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79 a. ist der Ansicht, dass die Organe und die Mitgliedstaaten der EU die Urheber offensiver Cybervorfälle und Fälle von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, die sich gegen die EU richten, standardmäßig öffentlich benennen und anprangern sollten; ist der Ansicht, dass andernfalls die Gelegenheit verpasst wird, die breite Öffentlichkeit über das Ausmaß der fortlaufenden Cyberbedrohungen und Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, denen die EU ausgesetzt ist, zu informieren; ist ferner der Ansicht, dass die EU im Rahmen dieser Maßnahmen außerdem gemäß dem Durchführungsrechtsakt, in dem die Vorqualifikations- und Zuschlagskriterien für Auktionen im Rahmen der Netto-Null-Industrie-Verordnung festgelegt sind, systematisch Kosten für solche böswilligen Operationen auferlegt, unter anderem durch den aktiveren Einsatz von Cyber-Instrumenten und dem Instrumentarium gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, sowie branchenspezifische Sanktionen verhängt und die Förderfähigkeit im Rahmen des

EU-Regelwerks für die Vergabe öffentlicher Aufträge mit der Zuweisung der Verantwortlichkeit für offensive Cyberoperationen verknüpft, die von ausländischen Mächten gegen die EU durchgeführt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1568
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 79 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79 a. fordert die Kommission auf, dringend Leitlinien zum Umfang der von Internetplattformen erwarteten Sorgfaltspflicht herauszugeben, insbesondere in Bezug auf Werbe- und Monetarisierungsdienste, die direkt oder indirekt von sanktionierten Einrichtungen oder ihren Stellvertretern missbraucht werden können, auch über Mittelsleute oder undurchsichtige Zahlungs- und Vertriebsvereinbarungen; ist ferner der Ansicht, dass in diesen Leitlinien die Bedingungen festgelegt werden sollten, unter denen Plattformen gegebenenfalls in den Genuss der im Gesetz über digitale Dienste festgelegten Haftungsausschlüsse kommen können, und eindeutig angegeben werden sollte, welche Plattformtätigkeiten nicht unter diese Ausnahmen fallen; fordert die Kommission ferner auf, klarzustellen, unter welchen Umständen solche Tätigkeiten als Vermittlungsdienste im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste gelten;

Or. en

Änderungsantrag 1569
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 79 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79a. erinnert daran, dass EU-Sanktionen zum Schutz der Demokratie nur dann gegen einen Unionsbürger oder eine in der EU niedergelassene Person verhängt werden dürfen, wenn ein Gerichtsverfahren vor den Gerichten eines Mitgliedstaat durchgeführt wurde;

Or. fr

Änderungsantrag 1570
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 79 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79b. fordert die Mitgliedstaaten auf, Sanktionen gegen Banken im Privatkundenbereich zu verhängen, die die Vergabe von Darlehen an erlaubte politische Parteien sowie an deren gewählte Vertreter und Kandidaten verweigern;

Or. fr

Änderungsantrag 1571
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 79 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	79c. stellt fest, dass die Bankkonten von gewählten Vertretern und politischen

Influencern ohne geschäftliche Gründe geschlossen werden, dass dies immer häufiger vorkommt und dass die Behörden dagegen vorgehen müssen, um eine ausgewogene demokratische Debatte zu unterstützen;

Or. fr

Änderungsantrag 1572
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern anstelle von Einzelpersonen oder Unternehmen ein wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, an der Länder wie Russland oder Iran in ganz Europa beteiligt sind; begrüßt den Beschluss der Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;	80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern anstelle von Einzelpersonen oder Unternehmen ein wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, an der Länder wie Russland oder Iran in ganz Europa beteiligt sind; begrüßt den Beschluss der Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind; ***fordert die Kommission auf, die Rolle der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) bei der Unterstützung der Aufdeckung und Koordinierung von Fällen im Zusammenhang mit der Umgehung von***

Sanktionen in enger Zusammenarbeit mit den nationalen zentralen Meldestellen zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 1573
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. ***ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern anstelle von Einzelpersonen oder Unternehmen ein wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, an der Länder wie Russland oder Iran in ganz Europa beteiligt sind; begrüßt*** den Beschluss der Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;	80. ***nimmt*** den Beschluss der Kommission ***zur Kenntnis***, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1574
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern ***anstelle*** von Einzelpersonen oder Unternehmen ein wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, an der Länder wie Russland oder Iran in ganz Europa beteiligt sind; begrüßt den Beschluss der Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;	80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern ***zusätzlich zu der Zuweisung der Verantwortlichkeit*** von Einzelpersonen oder Unternehmen ein wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, an der Länder wie Russland oder Iran in ganz Europa beteiligt sind; begrüßt den Beschluss der Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren***, und fordert die Einstufung von Belarus in diese Kategorie, das als Handlanger des Kremls fungiert und sich aktiv an Operationen beteiligt, die sich gegen Mitgliedstaaten richten, einschließlich Sabotageakte***; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1575
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern anstelle von Einzelpersonen oder Unternehmen ein	80. ist der Ansicht, dass die Identifizierung und Bekanntmachung von Herkunftsländern anstelle von Einzelpersonen oder Unternehmen ein

wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme anzuerkennen, ***an der Länder wie Russland oder Iran*** in ganz Europa ***beteiligt sind; begrüßt den Beschluss der*** Kommission, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;	wichtiger Schritt sein könnte, um das Problem der klar/eindeutig systematischen, vielschichtigen und oft staatlich finanzierten Einflussnahme ***durch Drittländer*** anzuerkennen, ***die*** in ganz Europa ***ihr Unwesen treiben; stellt fest, dass die*** Kommission ***beschlossen hat***, Russland gemäß dem EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als Drittland mit hohem Risiko einzustufen, um die Integrität des Finanzsystems der EU zu wahren; weist darauf hin, dass mit der neuen Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Ermittlung gefährlicher Länder geschaffen wird, einschließlich solcher, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1576
Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 80 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	80a. stellt in diesem Zusammenhang fest, dass es im Fall von Alstom in Frankreich keine Reaktion aus Brüssel gab, obwohl ein französischer Staatsbürger von einem Drittstaat inhaftiert wurde und es zu einem Raub an einem europäischen strategischen Unternehmen gekommen ist;

Or. fr

Änderungsantrag 1577
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag

Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;	81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten; ***betont, dass die Glaubwürdigkeit der restriktiven Maßnahmen der EU von einer strikten und konsequenten Durchsetzung abhängt; unterstützt die Stärkung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft, schwere grenzüberschreitende Straftaten im Zusammenhang mit der Umgehung von EU-Sanktionen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen;***

Or. en

Änderungsantrag 1578
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;	81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten; ***erinnert***

kommerzielle Akteure von außerhalb der EU, die im Binnenmarkt tätig sind, daran, dass die Nichteinhaltung der EU-Vorschriften, einschließlich Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und die Binnenmarktvorschriften, zum Ausschluss aus dem Binnenmarkt führen kann;

Or. en

Änderungsantrag 1579
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;	81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen***; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Koordinierung der Durchsetzung zu verbessern, Schlupflöcher zu schließen und die Verfahren und Durchsetzungsmaßnahmen weiter zu harmonisieren***; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;

Or. en

Änderungsantrag 1580
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;	81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten; ***betont ferner, dass eine solche Reform mit einer angemessenen und aufgestockten Finanzierung einhergehen sollte, damit die EUStA ihre erweiterten Aufgaben wirksam erfüllen kann;***

Or. en

Änderungsantrag 1581
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 81

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;	81. betont, dass die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen von einer strengen und konsequenten Durchsetzung***, konsequenten Schutzmaßnahmen gegen willkürliche Verwendung und Missbrauch und der uneingeschränkten Einhaltung der Menschenrechte*** abhängen; hebt hervor, dass die angekündigte Überarbeitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) eine Gelegenheit bietet, ihre Rolle zu stärken und auf die Untersuchung und Strafverfolgung von Verstößen gegen Sanktionen auszuweiten;

Or. en

Änderungsantrag 1582
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 81 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	81 a. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, proaktiv zusammenzuarbeiten und die Kooperation mit Interpol und anderen einschlägigen Organisationen und Stellen zu intensivieren, um der systematischen, missbräuchlichen und politisch motivierten Verwendung von Rotecken, Blauecken, Durchgaben und Auslieferungsersuchen durch autoritäre Regime ein Ende zu setzen; betont, dass solche Instrumente zunehmend als Waffe eingesetzt werden, um politische Gegner, Menschenrechtsverteidiger, Exilgemeinden und EU-Bürger zu verfolgen, die ins Visier genommen werden, weil sie sich Diktaturen und ihrer bösartigen Politik widersetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1583
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 81 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	81 a. weist darauf hin, dass es die Instrumente gegen Zwangsmaßnahmen der EU ermöglichen, eine breite Palette von Maßnahmen zu ergreifen, wenn ein Drittland eine Maßnahme eines Drittlandes anwendet oder anzuwenden

droht, die den Handel oder Investitionen beeinträchtigt, um die Einstellung, Änderung oder Annahme eines bestimmten Rechtsakts durch die EU oder einen Mitgliedstaat zu verhindern oder zu erwirken, und dadurch in die legitimen souveränen Entscheidungen der EU oder eines Mitgliedstaats eingreift.

Or. en

Änderungsantrag 1584
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 81 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	81 b. verurteilt, dass Russland, Belarus, Iran, China und andere feindselige Akteure transnationale Repression gegen Menschenrechtsverteidiger, Dissidenten, Mitglieder der Exilgemeinde sowie EU-Bürger einsetzen; betont, dass solche Praktiken Teil umfassenderer Kampagnen der Einflussnahme aus dem Ausland und der hybriden Subversion in der Europäischen Union sind, die darauf abzielen, Kritiker zum Schweigen zu bringen, demokratische Prozesse zu manipulieren und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institutionen zu schwächen; ist der Ansicht, dass solche feindseligen Handlungen gezielte Tötungen, Entführungen, Gewalt, Schikane, Zwangsrückführungen, Verschwindenlassen und Deportationen sowie den strategischen Missbrauch von Rechtsinstrumenten, einschließlich des Missbrauchs konsularischer Dienste, Auslieferungsverfahren, Rotecken und Festnahmen, sowie nicht physische Methoden wie digitale Überwachung, Einschüchterung, Erpressung und Drohungen gegen die Familien von Menschenrechtsverteidigern umfassen; stellt fest, dass es diese Praktiken

ausländischen staatlichen Akteuren ermöglichen, Einschüchterung, Zwang und Kontrolle über ihre Grenzen hinaus auszuüben und die Sicherheit, Souveränität und Rechtsordnung der Mitgliedstaaten zu untergraben, sodass sie systemische und langfristige Bedrohungen für den zivilgesellschaftlichen Raum, die demokratischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb des betreffenden Staates darstellen, wie aus Berichten der Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten hervorgeht; stellt ferner fest, dass die meisten dokumentierten Fälle auf europäischem Boden Russland, China, Iran und Belarus zugeschrieben werden; fordert eine entschlossene, koordinierte und solidarische Reaktion der EU, einschließlich Abschreckungsmaßnahmen, Maßnahmen in Bezug auf die Rechenschaftspflicht und Sanktionen gegen die Verantwortlichen;

Or. en

Änderungsantrag 1585
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 81 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	81 c. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, äußerste Vorsicht walten zu lassen und bei der Prüfung von Anträgen auf Festnahme, Inhaftierung oder Auslieferung, die von Regimen stammen, die nachweislich internationale Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung missbrauchen, eine verstärkte Kontrolle anzuwenden und solche Anträge systematisch abzulehnen, wenn die glaubwürdige Gefahr von politischer Verfolgung, Folter oder

anderen schweren Menschenrechtsverletzungen besteht, auch in Fällen, an denen EU-Bürger beteiligt sind; betont in diesem Zusammenhang die politisch motivierten Versuche der russischen Staatsorgane, den polnischen Präsidenten Karol Nawrocki und die Richter des Internationalen Strafgerichtshofs ins Visier zu nehmen, was Paradebeispiele für den Missbrauch von Rechts- und Strafverfolgungsinstrumenten zur Einschüchterung von und Vergeltung an demokratischen Amtsträgern und Akteuren der internationalen Gerichtsbarkeit sind, die Wladimir Putin mutig entgegentreten;

Or. en

Änderungsantrag 1586
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „***schwarzer*** Listen“ ***durch Russland***, die sich gegen ***EU-Bürgerinnen und -Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen	82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz ***von*** „***schwarzen*** Listen“***, Visumsperren und anderen restriktiven oder Vergeltungsmaßnahmen***, die sich gegen ***EU-Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten***; äußert seine Besorgnis darüber, dass solche Praktiken, unabhängig davon, ob sie von autoritären Regimen oder von strategischen Partnern angewendet werden, diplomatische Normen und den Grundsatz der gegenseitigen Achtung von Rechtsordnungen untergraben; betont, dass solche Maßnahmen die Gefahr***

Personen;	***bergen, unangemessenen politischen Druck auf die Regulierungsautonomie und den Grundrechtsrahmen der EU auszuüben***; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;
	Or. en

Änderungsantrag 1587
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch Russland, die sich gegen ***EU-Bürgerinnen und -Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;	82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch Russland, die sich gegen ***EU-Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen; ***ist jedoch der Ansicht, dass ein Verbot der Einreise nach Russland – in ein Land, das sich auch infolge der wahnhaften imperialistischen Politik seiner derzeitigen Machthaber in einem***

zivilisatorischen, technologischen und infrastrukturellen Niedergang befindet – dort eher ein Gefühl des Stolzes auslösen würde, als echte Unannehmlichkeiten zu bereiten;

Or. en

Änderungsantrag 1588
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch Russland, die sich gegen EU-Bürgerinnen und -Bürger, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;	82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch Russland, die sich gegen EU-Bürgerinnen und -Bürger, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen; ***fordert die Schaffung von Mechanismen für eine wirksamere Überwachung der Durchsetzung von Sanktionen, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft;***

Or. en

Änderungsantrag 1589

Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Christel Schaldemose, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch Russland, die sich gegen ***EU-Bürgerinnen und -Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;	82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz ***aller*** „schwarzer Listen“ ***(insbesondere*** durch Russland ***und Israel)***, die sich gegen ***EU-Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft***, humanitäre Organisationen*** und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;

Or. en

Änderungsantrag 1590
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch ***Russland***, die sich gegen ***EU-Bürgerinnen und -Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des	82. verurteilt den politisch motivierten Einsatz „schwarzer Listen“ durch ***ausländische Regierungen***, die sich gegen ***EU-Bürger***, Vertreter von staatlichen Behörden und Handelsorganisationen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft und politische Amtsträger, einschließlich demokratisch gewählter Mitglieder des

Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;	Europäischen Parlaments, richten; fordert eine besser koordinierte und entschlossenere Reaktion der EU auf diese willkürlichen Maßnahmen, um den Schutz und die Sicherheit der auf einer schwarzen Liste stehenden Personen sicherzustellen und ihnen Solidarität und die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für alle betroffenen Personen;

Or. en

Änderungsantrag 1591
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 a. ist besorgt über Verhandlungen oder Vereinbarungen, die dazu führen können, dass Drittländern im Rahmen des Grenzschutzes oder der visumbezogenen Zusammenarbeit ein breiter oder direkter Zugang zu nationalen biometrischen Datenbanken oder Identitätsdatenbanken von EU-Bürgern gewährt werden; weist darauf hin, dass der groß angelegte Austausch sensibler personenbezogener Daten erhebliche Auswirkungen auf die Grundrechte, den Datenschutz, die demokratische Kontrolle und die strategische Autonomie hat; betont, dass solche Initiativen vollständigen Transparenz-, strengen Notwendigkeits- und Verhältnismäßigkeitsprüfungen, soliden Garantien und einer sinnvollen parlamentarischen Kontrolle gemäß Artikel 218 AEUV unterliegen müssen; fordert die Kommission auf, das geopolitische und wirtschaftliche Gewicht der EU in vollem Umfang zu nutzen, wenn sie Verhandlungen aufnimmt, die sich auf die Rechte der EU-Bürger und die Sicherheit kritischer

Dateninfrastrukturen auswirken können; betont, dass der Schutz der Integrität, Souveränität und Sicherheit der europäischen Identität und der biometrischen Systeme ein wesentlicher Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und der umfassenderen Bemühungen der EU zur Wahrung der demokratischen Resilienz und der Grundrechte im digitalen Zeitalter ist;

Or. en

Änderungsantrag 1592
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82a. stellt fest, dass Elon Musk durch den Beschluss der Kommission, im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste Sanktionen in Form von einer Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR gegen die Plattform X zu verhängen, persönlich bestraft und abgeschreckt werden soll; ist besorgt über die Verwertung einer Studie über 300 US-Staatsbürger, denen 3,75 Dollar bezahlt wurden, als Rechtfertigung für ein solches Verfahren; verurteilt, dass Brüssel diese Verordnung politisch instrumentalisiert, um abweichende Sichtweisen zu unterdrücken und dass versucht wird, auf Wahlen in Europa und in anderen Teilen der Welt Einfluss zu nehmen;

Or. fr

Änderungsantrag 1593
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 a. betont, dass die internationalen Beziehungen in erster Linie von Diplomatie und diplomatischem Engagement geleitet werden sollten und dass die Verhängung von Sanktionen stets ordnungsgemäß, gerechtfertigt, verhältnismäßig und transparent sein sollte und nicht für kurzfristige politische Interessen missbraucht oder instrumentalisiert werden darf;

Or. en

Änderungsantrag 1594
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 a. verurteilt die Sanktionen der USA gegen fünf europäische Personen, die sich gegen Desinformation engagieren; ist der Ansicht, dass dies einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung darstellt; fordert die US-Regierung auf, diese Sanktionen aufzuheben;

Or. en

Änderungsantrag 1595
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 a. fordert die Schaffung von Mechanismen für eine wirksamere Überwachung der Durchsetzung von Sanktionen, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft;

Or. en

Änderungsantrag 1596
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 82 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82b. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission bei mehr als 90 Treffen im Rahmen des Kodex zur Bekämpfung von Desinformation zwischen 2022 und 2024 Druck auf die Plattformen ausgeübt hat, ihre allgemeinen Vorschriften für die Moderation von Inhalten zu ändern und mehr Inhalte zu zensieren; stellt fest, dass sich TikTok nach einem Treffen mit der Kommission vor den Wahlen in der Slowakei dazu verpflichtet hat, Inhalte mit der Aussage „Wir müssen die Sexualisierung von Kindern stoppen“ zu verbieten; stellt fest, dass Kommission Druck ausgeübt haben könnte, um Inhalte im Zusammenhang mit COVID-19 bei Kindern zu zensieren und dass diese Zensurkampagne bereits lange vor dem Gesetz über digitale Dienste begonnen hat; stellt fest, dass Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission, und Věra Jourová, Vizepräsidentin, seit dem Jahr 2020 Plattformen aufgefordert haben, ihre Vorschriften zu ändern und Inhalte zu löschen, mit denen etablierte Sichtweisen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der Impfung infrage gestellt werden[1 b];

[1 b] ***https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/2026-02/THE-FOREIGN-CENSORSHIP-THREAT-PART-II-2-3-26.pdf.***

Or. fr

Änderungsantrag 1597
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 82 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 b. weist darauf hin, dass seit Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Trump fast alle US-Institutionen, die die USA vor ausländischer Einflussnahme schützen sollten, aufgelöst wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1598
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 82 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 c. verurteilt die länderübergreifende Unterdrückung von Oppositionellen, Journalisten und gesellschaftlich engagierten Bürgern; fordert die Schaffung eines umfassenden Rahmens, um die Fragmentierung nationaler Reaktionen zu überwinden, sowie harmonisierte Sanktionen für Täter, die solche Handlungen begehen; fordert ein Überprüfung der Rotecken, um zu verhindern, dass sie von autokratischen

Staaten missbraucht werden, um im Exil lebende politische Gegner ins Visier zu nehmen;

Or. en

Änderungsantrag 1599
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 82 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	82 a. stellt eine Zunahme der Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Bedrohungen vonseiten böswilliger ausländischer Akteure fest, die darauf abzielen, unsere Gesellschaften zu sprengen, z. B. durch die Verbreitung von Desinformation, die Unterstützung der extremen Rechten, die Störung unserer Infrastruktur und die Vergrößerung politischer Spaltungen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich diese Informationen durch Algorithmen von Big-Tech-Unternehmen dann wie ein Lauffeuer verbreiten; weist darauf hin, dass sich böswillige ausländische Akteure eine schwindende Bereitschaft zum Schutz des NATO-Gebiets erhoffen, wenn im Innern Angst und Unruhen herrschen; betont, dass das Ziel ihrer Handlungen darin besteht, Ressentiments zu schüren, Gemeinwesen zu spalten und Menschen gegeneinander aufzuhetzen; empfiehlt daher, dass der Einsatz für unsere physische Sicherheit nicht nur Investitionen in die Verteidigung, sondern auch Investitionen in die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft erfordert; betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die EU in Sicherheit im weiteren Sinne investiert; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass wir zusätzlich zu den 3,5 %, die für

Verteidigung ausgegeben werden, die 1,5 %, die nach den NATO-Standards außerdem erforderlich sind, in Sicherheit im weitesten Sinne investieren, nämlich in die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft; betont, dass dies Investitionen in die zivile Resilienz, eine starke soziale Grundlage und die Verringerung von Abhängigkeiten in den Bereichen Energie und Technologie, die uns anfällig machen, bedeutet; betont, dass dies die einzige Möglichkeit ist, wie die EU und ihre Bürger weniger anfällig für hybride Bedrohungen gemacht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1600
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für die demokratische Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden sollten;	83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für die demokratische Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden sollten; ***begrüßt die Politik in Mitgliedstaaten wie Schweden und Finnland, eine breite soziale Vorsorge, die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gesellschaft und eine klare Kommunikation über die Pflichten der Bürgerinnen und Bürger zu fördern; stellt fest, dass Tausende von Unternehmen***

herangezogen werden können, um Energie bereitzustellen oder bei der Verteilung von Lebensmitteln und Wasser zu helfen; betont, dass Vereine eine Rolle bei der Nachbarschaftskommunikation spielen können und dass viele (semiprofessionelle) Fachleute, Veteranen und Rentner die notwendige körperliche und geistige Versorgung leisten können; betont, dass die Menschen wissen müssen, wie und wann sie einen Beitrag leisten können, um diese Art der zivilen Resilienz zu organisieren; stellt fest, dass alle Mitgliedstaaten damit beginnen sollten, verschiedene Organisationen zu erfassen, Führungskräfte von Organisationen und Unternehmen im Rahmen von Übungen zu unterschiedlichen Szenarien zu schulen und die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wohin sie sich in Notlagen wenden können;

Or. en

Änderungsantrag 1601
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für die demokratische Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden	83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für die demokratische Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden sollten; ***betont, dass bei allen Initiativen***

sollten;	***im Rahmen des Schutzschilds für die Demokratie in allen Altersgruppen, Gemeinschaften sowie sozialen und wirtschaftlichen Gruppen Intersektionalität und Inklusion angestrebt werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1602
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für ***die demokratische*** Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden sollten;	83. begrüßt die EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge und betont, dass die in der Strategie festgelegten Ziele eng mit denen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verknüpft sind; hebt ferner hervor, dass die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften unter außerordentlichen oder disruptiven Bedingungen eine Voraussetzung für ***alle Formen von*** Resilienz ist und dass Reformen zur Stärkung der Krisenvorsorge daher einen integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie bilden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1603
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 83 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	83a. betont, dass qualifizierte, geschützte und gut ausgebildete Arbeitskräfte in allen kritischen Sektoren erforderlich sind, um die Resilienz und

Vorsorge zu stärken; fordert, dass die von der EU finanzierten Resilienz- und Vorsorgeprogramme Schulungen, Umschulungen und soziale Konditionalität im Einklang mit den Arbeitsnormen der Union umfassen;

Or. en

Änderungsantrag 1604
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 83 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	83a. fordert die Kommission auf, eine Prüfung durchzuführen, um alle Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten im Hinblick auf Lösungen aus Drittstaaten im Bereich digitaler Technologien und Zahlungen innerhalb der EU-Verwaltungsbehörden und EU-Organe zu bewerten;

Or. fr

Änderungsantrag 1605
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 84

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
84. fordert die rasche Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den Bürgerinnen und Bürgern in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für schutzbedürftige Gruppen zugänglich gemacht und	84. fordert die rasche Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den Bürgerinnen und Bürgern in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für schutzbedürftige Gruppen zugänglich gemacht und

regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird;	regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird; ***betont, dass Notfallpläne und alternative Kommunikationswege für Krisensituationen vorbereitet werden müssen, in denen digitale Dienste nicht verfügbar sind oder nicht genutzt werden können, unter anderem aufgrund von Stromausfällen oder mangelndem Zugang zu Elektrizität;***

Or. en

Änderungsantrag 1606
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 84

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
84. fordert ***die rasche*** Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den Bürgerinnen und Bürgern in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für ***schutzbedürftige*** Gruppen zugänglich gemacht und regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird;	84. fordert ***eine Bewertung bestehender Alarmsysteme sowie eine Analyse des Bedarfs und der Machbarkeit der raschen*** Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den Bürgerinnen und Bürgern in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für ***alle Personen im betroffenen Gebiet – mit besonderem Schwerpunkt auf schutzbedürftigen*** Gruppen – zugänglich gemacht und regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 1607

Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 84

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
84. fordert die rasche Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den ***Bürgerinnen und Bürgern*** in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für schutzbedürftige Gruppen zugänglich gemacht und regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird;	84. fordert die rasche Entwicklung und Einführung einer EU-weiten, interoperablen Krisenwarn-App, die den ***in der EU niedergelassenen Personen*** in Notfällen zuverlässige und mehrsprachige Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellt; empfiehlt, dass diese App in nationale und EU-Frühwarnsysteme integriert wird, für schutzbedürftige Gruppen zugänglich gemacht und regelmäßig entsprechend dem technologischen Fortschritt und den bewährten Verfahren des Krisenmanagements aktualisiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 1608
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. ***begrüßt*** die Initiativen in mehreren Mitgliedstaaten, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten mit klaren, praktischen Leitlinien zur Verfügung zu stellen, die auf die unterschiedlichen sozialen und geografischen Gegebenheiten Europas zugeschnitten sind, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Vorsorge für Notfälle zu unterstützen; fordert die Kommission auf, ***eine Broschüre auf EU-Ebene zu erstellen, die an den grenzüberschreitenden und multinationalen Kontext angepasst ist und Empfehlungen zur Notfallbevorratung,***	85. ***nimmt*** die Initiativen in mehreren Mitgliedstaaten ***zur Kenntnis***, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten mit klaren, praktischen Leitlinien zur Verfügung zu stellen, die auf die unterschiedlichen sozialen und geografischen Gegebenheiten Europas zugeschnitten sind, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Vorsorge für Notfälle zu unterstützen; fordert die Kommission auf, ***die Mitgliedstaaten auf Anfrage bei der Erstellung und Aktualisierung von Broschüren zu unterstützen***;

praktische Anweisungen zur Selbstversorgung für mindestens 72 Stunden, grundlegende Hinweise zu Erster Hilfe und spezifische Empfehlungen für schutzbedürftige Gruppen, einschließlich älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien mit Kindern, beinhaltet;

Or. en

Änderungsantrag 1609
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. begrüßt die Initiativen in mehreren Mitgliedstaaten, ***eine Informationsbroschüre*** zur Notfallvorsorge von Haushalten mit klaren, praktischen Leitlinien zur Verfügung zu stellen, ***die*** auf die ***unterschiedlichen*** sozialen und geografischen Gegebenheiten ***Europas*** zugeschnitten sind***, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Vorsorge für Notfälle zu unterstützen; fordert die Kommission auf, eine Broschüre auf EU-Ebene zu erstellen, die an den grenzüberschreitenden und multinationalen Kontext angepasst ist*** und Empfehlungen zur Notfallbevorratung, praktische Anweisungen zur Selbstversorgung für mindestens 72 Stunden, grundlegende Hinweise zu Erster Hilfe und spezifische Empfehlungen für schutzbedürftige Gruppen, einschließlich älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien mit Kindern, ***beinhaltet***;	85. begrüßt die Initiativen in mehreren Mitgliedstaaten, ***Informationsbroschüren*** zur Notfallvorsorge von Haushalten mit klaren, praktischen Leitlinien zur Verfügung zu stellen, ***wie sich Bürgerinnen und Bürger auf Notfälle vorbereiten können; fordert die Kommission auf, den Bedarf und die Machbarkeit von Broschüren auf EU-Ebene zu prüfen, die an den grenzüberschreitenden und regionalen Kontext angepasst sind sowie*** auf die ***diversen*** sozialen und geografischen Gegebenheiten ***in Europa und die entsprechende Vielfalt an Bedrohungen*** zugeschnitten sind und Empfehlungen zur Notfallbevorratung, praktische Anweisungen zur Selbstversorgung für mindestens 72 Stunden, grundlegende Hinweise zu Erster Hilfe und spezifische Empfehlungen für schutzbedürftige Gruppen, einschließlich älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien mit Kindern, ***beinhalten***;

Or. en

Änderungsantrag 1610
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 85 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	83a. hält es für inakzeptabel, dass Regierungen oppositionellen Medien den Zugang zu Pressekonferenzen verweigern; betont, dass es besonders gefährlich ist, wenn staatliche Stellen Medienunternehmen aus rein politischen Gründen von Briefings über Krisensituationen ausschließen, wie es bei den Überschwemmungen in Polen der Fall war, als Donald Tusk sich beharrlich weigerte, TV Republika, dem größten Nachrichtenfernsehsender, die Teilnahme an Krisensitzungen zu gestatten, und dadurch einen erheblichen Teil der Gesellschaft vom Empfang von Krisenkommunikation in Echtzeit ausschloss, was sich unmittelbar auf ihre Sicherheit hätte auswirken können; verurteilt diese unverantwortlichen und undemokratischen Handlungen und warnt davor, dem Beispiel von Donald Tusk zu folgen;

Or. en

Änderungsantrag 1611
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. fordert die Organisation regelmäßiger groß angelegter, von der EU koordinierter Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt	***entfällt***

für diese Übungen Simulationen von komplexen, realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter Desinformation und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern; fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten militärischen Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;

Or. en

Änderungsantrag 1612
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. fordert ***die Organisation regelmäßiger groß angelegter, von der EU koordinierter*** Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt für diese Übungen Simulationen von komplexen***,*** realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter ***Desinformation*** und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen	86. fordert***, dass regelmäßige und groß angelegte*** Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind***, weiterhin durchgeführt werden; ist der Ansicht, dass der Katalog an Szenarien, der bereits Überschwemmungen, Waldbrände, chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN) Vorfälle, Erdbeben und medizinische Notfälle umfasst, erweitert werden sollte, um Bedrohungen infolge der Aggression Russlands gegen die***

den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern; fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten ***militärischen*** Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;

Ukraine sowie hybride Angriffe auf den gesamten Westen abzudecken; empfiehlt für diese Übungen Simulationen von komplexen ***und*** realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter ***Desinformationskampagnen*** und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern***, bewährte Verfahren auszutauschen*** und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern***; ist der Ansicht, dass bei solchen Übungen vorrangig auf die Erfahrungen von Ländern wie Polen zurückgegriffen werden sollte, die insbesondere in der Zeit unmittelbar nach der Aggression Russlands mehrere Krisensituationen wirksam bewältigt haben, indem sie staatliche Einrichtungen, lokale Behörden, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft zusammengebracht haben***; fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten ***brutalen*** Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;

Or. en

Änderungsantrag 1613
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. fordert die Organisation	86. fordert die Organisation

regelmäßiger groß angelegter, von ***der EU*** koordinierter Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt für diese Übungen Simulationen von komplexen, realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter Desinformation und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern; ***fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten militärischen Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;***	regelmäßiger groß angelegter, von ***den Mitgliedstaaten*** koordinierter Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt für diese Übungen Simulationen von komplexen, realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter Desinformation und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern;
	Or. en

Änderungsantrag 1614
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. fordert die Organisation regelmäßiger groß angelegter, von der EU koordinierter Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt für diese Übungen Simulationen von	86. fordert die Organisation regelmäßiger groß angelegter, von der EU koordinierter Übungen zur Krisenvorsorge, an denen die EU-Organe***, die EU-Agenturen***, die Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind; empfiehlt für diese Übungen Simulationen

komplexen, realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter Desinformation und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern; fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten militärischen Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;	von komplexen, realistischen Szenarien, einschließlich Cyberangriffen, Störungen kritischer Infrastruktur, koordinierter Desinformation und hybrider Krisen, die es erlauben, die Reaktionskapazitäten zu bewerten, die Interoperabilität zwischen den Regierungs- und Verwaltungsebenen zu verbessern und eine Krisenvorsorgekultur auf allen Ebenen zu fördern; fordert zu diesem Zweck die Einführung eines Europäischen Tags der Krisenvorsorge; schlägt als Tag für diese Veranstaltung den 24. Februar vor – das Datum der grundlosen groß angelegten militärischen Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022, das als Symbol für die Solidarität der EU mit der Ukraine dienen und daran erinnern sollte, dass eine verstärkte zivile und militärische Vorsorge gegen die zunehmenden Bedrohungen durch autoritäre Regime dringend nötig ist;

Or. en

Änderungsantrag 1615
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 86 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	86a. empfiehlt, dass die Krisenkoordinierungsprotokolle vor der verbindlichen Umsetzung in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Industrie getestet und verfeinert werden, um ihre Wirksamkeit und Praktikabilität sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1616
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag

Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;	87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen***, einschließlich praktischer digitaler Kompetenzen und Komponenten der Cyberhygiene wie Bewusstsein für Phishing und Social Engineering, sichere Kommunikation und Erkennen von Online-Manipulation,*** fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1617
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. ***fordert die Kommission auf,*** die Möglichkeit ***zu prüfen***, Erasmus+ oder ähnliche Programme ***auf*** grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie	87. ***erinnert an*** die Möglichkeit, Erasmus+ oder ähnliche Programme***, die*** grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften

Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;	oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit ***umfassen,*** auszuweiten ***und zu verstärken***; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte; ***warnt davor, dass solche Maßnahmen nicht dazu führen sollten, dass die für Studierende vorgesehenen Mittel gekürzt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1618
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu ***hybriden*** Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen	87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen

Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;	Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1619
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten ***und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen*** sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;	87. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Erasmus+ oder ähnliche Programme ***für Studierende mit Unionsbürgerschaft*** auf grenzüberschreitende Initiativen zu Krisenvorsorgeschulungen von Beschäftigten in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleuten, Gesundheitsfachkräften oder freiwilligen Katastrophenschutzhelfern, öffentlichen Bediensteten sowie der breiten Öffentlichkeit auszuweiten; empfiehlt, dass diese Programme den grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden Wissensaustausch sowie gemeinsame Übungen und Schulungen zu hybriden Bedrohungen und Notfällen fördern und die lokalen Vorsorgekapazitäten in allen Mitgliedstaaten stärken, wobei gefährdeten Regionen besondere Beachtung geschenkt werden sollte;

Or. fr

Änderungsantrag 1620
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen sichergestellt werden;	88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen sichergestellt werden; ***weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die mit China verbundene Hackergruppe Salt Typhoon europäische Telekommunikationsunternehmen ins Visier genommen hat; besteht darauf, dass Unternehmen ihre eigene Cybersicherheit verbessern müssen, um die digitale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 1621
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen sichergestellt werden;	88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation***, wobei den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und den wirksamen Maßnahmen, die es in mehreren Mitgliedstaaten bereits seit langem gibt und die bereits in mehreren Krisen erprobt wurden, Rechnung zu tragen ist***; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität

wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1622
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen sichergestellt werden;	88. fordert die beschleunigte Einführung sicherer Kommunikationssysteme wie IRIS² und das Europäische System für kritische Kommunikation; betont, dass mit diesen Initiativen die Resilienz der Telekommunikation, die Kontinuität wesentlicher Dienste in Krisenzeiten, der Abbau externer Abhängigkeiten in strategischen Sektoren und eine verstärkte Cybersicherheit dieser Infrastrukturen ***durch harmonisierte Frequenzgenehmigung, Cybersicherheitszertifizierung und Maßnahmen zur Sicherung der IKT-Lieferkette im Einklang mit den Vorschlägen der Kommission zur digitalen Netzarchitektur und Cybersicherheit*** sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1623
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;	89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken; ***hebt in diesem Zusammenhang den Mehrwert einer strukturierten Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern hervor, die ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt sind, insbesondere Taiwan, das über umfangreiche Erfahrungen bei der Bekämpfung von Kampagnen zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland verfügt, einschließlich solcher, die auf Wahlen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielen; erkennt an, dass der gesamtgesellschaftliche Ansatz und die bewährten Verfahren Taiwans dazu beitragen können, die gemeinsame Lageerfassung, die Frühwarnkapazitäten und die allgemeine Wirksamkeit des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie zu stärken; fordert die EU und die Mitgliedstaaten daher auf, die Zusammenarbeit mit Taiwan beim Aufbau sozialer Resilienz und bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter auszubauen;***
	Or. en

Änderungsantrag 1624

Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;	89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den ***gleichgesinnten*** internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1625
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente ***eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen*** ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz	89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente ***einen kontinuierlichen Austausch von Informationen und den Austausch bewährter Verfahren*** ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive

der EU stärken;	Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1626
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf ***hybride*** Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;	89. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den internationalen Partnern durch gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung, gemeinsame Methoden und Mechanismen für einen raschen und sicheren Informationsaustausch; betont, dass diese Instrumente eine kohärente, flexible und koordinierte Reaktion auf ***verschiedene*** Bedrohungen ermöglichen, die Risikoerkennung verbessern und die kollektive Krisenvorsorge und Resilienz der EU stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1627
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 89 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	89a. betont, dass es sich bei Vorsorge und Resilienz um kollektive Aufgaben handelt, an denen die Gesellschaft beteiligt werden muss; unterstützt die Entwicklung EU-weiter Vorsorgeinstrumente, die die Handlungskompetenz der Bürgerinnen

und Bürger stärken und gleichzeitig soziale Inklusion, Barrierefreiheit und demokratische Werte achten;

Or. en

Änderungsantrag 1628
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 89 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	89a. begrüßt dass sich die Vorsitze im Rat der Europäischen Union im Hinblick auf die Bekämpfung der Einflussnahme aus dem Ausland beteiligt und Verantwortung in dieser Sache übernommen haben; fordert die Vorsitze jedoch auf, zu vermeiden, dass alle sechs Monate neue Strukturen und Konzepte geschaffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 1629
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 90

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
90. betont, dass ***die Krisenvorsorge im MFR 2028-2034 durchgängig berücksichtigt*** werden ***muss, um eine verlässliche Resilienz aufzubauen und ein ausreichendes Maß an ziviler und militärischer Vorsorge zu erreichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gezielte Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die einschlägige Instrumente für Verteidigung und zivile Sicherheit, wie die Fazilität zur Verteidigung***	90. betont, dass ***Mittel für die Entwicklung und den Kauf technologischer Ausrüstung zur Bekämpfung von Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland bereitgestellt und zugewiesen*** werden ***müssen***; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen Vorrang eingeräumt werden sollte;

Europas und die Fazilität zur Sicherung Europas, miteinander kombinieren, um eine ausreichende und stabile Finanzierung für Projekte zur Stärkung der Resilienz, für technologische Innovationen und Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck, für Initiativen zur zivilen Vorsorge, für den Schutz kritischer Infrastruktur und für Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Souveränität der EU bereitzustellen; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen Vorrang eingeräumt werden sollte***, insbesondere in den Gebieten, die am stärksten gefährdet und von hybriden Bedrohungen betroffen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 1630
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 90

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
90. betont, dass die Krisenvorsorge im MFR 2028-2034 durchgängig berücksichtigt werden muss, um eine verlässliche Resilienz aufzubauen und ein ausreichendes Maß an ziviler und militärischer Vorsorge zu erreichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gezielte Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die einschlägige Instrumente für Verteidigung und zivile Sicherheit, wie die Fazilität zur Verteidigung Europas und die Fazilität zur Sicherung Europas, miteinander kombinieren, um eine ausreichende und stabile Finanzierung für Projekte zur Stärkung der Resilienz, für technologische Innovationen und Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck, für Initiativen zur	90. betont, dass die Krisenvorsorge im MFR 2028-2034 durchgängig berücksichtigt werden muss, um eine verlässliche Resilienz aufzubauen und ein ausreichendes Maß an ziviler und militärischer Vorsorge zu erreichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gezielte Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die einschlägige Instrumente für Verteidigung und zivile Sicherheit, wie die Fazilität zur Verteidigung Europas und die Fazilität zur Sicherung Europas, miteinander kombinieren, um eine ausreichende und stabile Finanzierung für Projekte zur Stärkung der Resilienz, für technologische Innovationen und Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck, für Initiativen zur

zivilen Vorsorge, für den Schutz kritischer Infrastruktur und für Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Souveränität der EU bereitzustellen; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen Vorrang eingeräumt werden sollte, insbesondere in den Gebieten, die am stärksten gefährdet und von hybriden Bedrohungen betroffen sind;

zivilen Vorsorge, für den Schutz kritischer Infrastruktur und für Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Souveränität der EU bereitzustellen; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen Vorrang eingeräumt werden sollte, insbesondere in den Gebieten, die am stärksten gefährdet und von hybriden Bedrohungen ***und Informationsbedrohungen*** betroffen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1631
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 90

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
90. betont, dass die Krisenvorsorge im MFR 2028-2034 durchgängig berücksichtigt werden muss, um eine verlässliche Resilienz aufzubauen und ein ausreichendes Maß an ziviler und militärischer Vorsorge zu erreichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gezielte Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die einschlägige Instrumente für Verteidigung und zivile Sicherheit, wie die Fazilität zur Verteidigung Europas und die Fazilität zur Sicherung Europas, miteinander kombinieren, um eine ausreichende und stabile Finanzierung für Projekte zur Stärkung der Resilienz, für technologische Innovationen und Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck, für Initiativen zur zivilen Vorsorge, für den Schutz kritischer Infrastruktur und für Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Souveränität der EU bereitzustellen; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen	90. betont, dass die Krisenvorsorge im MFR 2028-2034 durchgängig berücksichtigt werden muss, um eine verlässliche Resilienz aufzubauen und ein ausreichendes Maß an ziviler und militärischer Vorsorge zu erreichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gezielte Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die einschlägige Instrumente für Verteidigung und zivile Sicherheit, wie die Fazilität zur Verteidigung Europas und die Fazilität zur Sicherung Europas, miteinander kombinieren, um eine ausreichende und stabile Finanzierung für Projekte zur Stärkung der Resilienz, für technologische Innovationen und Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck, für Initiativen zur zivilen Vorsorge, für den Schutz kritischer Infrastruktur und für Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Souveränität der EU bereitzustellen; stellt fest, dass in speziellen Finanzierungsströmen auch lokalen Krisenvorsorgemaßnahmen

Vorrang eingeräumt werden sollte, insbesondere in den Gebieten, die am stärksten gefährdet und von ***hybriden*** Bedrohungen betroffen sind;	Vorrang eingeräumt werden sollte, insbesondere in den Gebieten, die am stärksten gefährdet und von Bedrohungen betroffen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1632
Eszter Lakos, Ana Miguel Pedro, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 90 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	90a. fordert die Erstellung eines öffentlich zugänglichen jährlichen Tätigkeitsberichts auf EU-Ebene; fordert, dass der Bericht einen strukturierten Überblick über die Vorsorge der Mitgliedstaaten im Hinblick auf hybride Bedrohungen geben sollte, einschließlich ihrer institutionellen Rahmen, strategischen Kapazitäten, Präventivmaßnahmen, Reaktionsmechanismen und verbleibenden Schwachstellen; betont, dass in einem solchen Bericht in klarer und zugänglicher Weise der allgemeine Stand der Vorsorge in der gesamten Union, Trends im Laufe der Zeit und die wichtigsten ermittelten Herausforderungen dargelegt werden sollten, wobei Erwägungen der nationalen Sicherheit zu berücksichtigen sind; betont, dass der jährliche Tätigkeitsbericht als Schnittstelle für die Information der Öffentlichkeit dienen sollte, damit die Bürgerinnen und Bürger verstehen können, wie demokratische Institutionen und kritische Systeme vor hybriden Angriffen geschützt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1633

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 90 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	90a. begrüßt zivile Initiativen und den Mut, die Verteidigungsbemühungen der EU aus einem sicheren Umfeld zu unterstützen, indem sie die Initiative ergreifen und irreguläre Aktivitäten durch Informationsgewinnung aus offenen Quellen (Open Source Intelligence – OSINT) aufdecken; lobt den Mut der sieben deutschen Studenten und ihres Teamleiters, die ein russisches Schiff identifiziert, verfolgt und beschuldigt haben, das heimlich Aufklärungsdrohnen über Deutschland aufsteigen lassen hat;

Or. en

Änderungsantrag 1634
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 90 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	90b. betont, dass in Forschungs- und Analyse-netzwerke für die Informationsgewinnung aus offenen Quellen und in ihre Rolle bei der Bekämpfung von Beeinflussungsoperationen, Informationsmanipulation und Einmischung aus dem Ausland und hybriden Bedrohungen investiert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1635
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;	91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren***; fordert die Entscheidungsorgane der EU auf, Drohungen mit der Anwendung von Gewalt und irredentistische Ansprüche von Drittländern gegen Mitgliedstaaten als hybride Bedrohung für die kollektive Sicherheit und den Wohlstand der Union zu behandeln, die auch die öffentliche Meinung, das Wahlverhalten und demokratische Prozesse beeinflussen kann***; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1636
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; ***betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;***	91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage;

Or. en

Änderungsantrag 1637

Tomáš Zdechovský, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Dan-Ştefan Motreanu, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev, Tomas Tobé, Mika Aaltola

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;	91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen ***– unter anderem durch effektive Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung solcher Verstöße –*** streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1638
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;	91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien***, einschließlich der Aktivierung von Artikel 42 Absatz 7 EUV,*** zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1639
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;	91. empfiehlt den Entscheidungsorganen der EU, ihre Strategien und Notfallpläne für den Fall eines offenen militärischen Angriffs gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten und ähnlicher Krisenszenarien ***in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten*** zu überprüfen und zu optimieren; betont ferner, dass in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Höchstmaß an Sicherheit und Gefahrenabwehr sichergestellt werden muss, auch im Bereich der Cybersicherheit sowie der Sicherheit und Integrität von Informationen, und dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, darunter die Einrichtung anerkannter sicherer Kommunikationskanäle und angemessener Sitzungssäle für Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit; unterstreicht, dass die Vorschriften über Verstöße gegen die Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen streng durchgesetzt werden müssen, insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Risikos von Spionage und Sabotage; betont, dass hybride Bedrohungen auch abseits von offenen militärischen Konflikten nach wie vor wachsende Risiken für das tägliche Funktionieren der EU darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1640
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. betont, dass der Schwerpunkt bei

den Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation, Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Beeinflussungsoperationen generell darauf liegen muss, diese Bedrohungen systematisch zu unterbinden, indem Taktiken, Bedrohungsakteuren und systemischen Risiken entgegengewirkt wird; stellt fest, dass Programme zur Bekämpfung der Informationsmanipulation darauf ausgerichtet sein sollten, informationstechnische Bedrohungen aktiv zu stören;

Or. en

Änderungsantrag 1641
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 92

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
92. begrüßt die Bemühungen der Kommission, die physische Sicherheit und die Informationssicherheit innerhalb der EU-Organe, Einrichtungen und sonstigen Stelle zu stärken, wie in der Mitteilung des Managementkontrollgremiums vom Oktober 2025 dargelegt ist, einschließlich Pläne für sichere Sitzungssäle, verbesserter Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung von Bediensteten, das Verschlusssachen bearbeitet, und der Einrichtung des Sicherheitskollegs, um regelmäßige Aktualisierungen zu Bedrohungsentwicklungen sicherzustellen; stellt fest, dass diese Maßnahmen erhöhten Risiken durch Spionage, Einflussnahme aus dem Ausland und hybride Bedrohungen entgegenwirken, die sich gegen die Entscheidungsprozesse der EU richten; betont jedoch, dass die Verbesserung der physischen Sicherheit	92. begrüßt die Bemühungen der Kommission, die physische Sicherheit und die Informationssicherheit innerhalb der EU-Organe, Einrichtungen und sonstigen Stelle zu stärken, wie in der Mitteilung des Managementkontrollgremiums vom Oktober 2025 dargelegt ist, einschließlich Pläne für sichere Sitzungssäle, verbesserter Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung von Bediensteten, das Verschlusssachen bearbeitet, und der Einrichtung des Sicherheitskollegs, um regelmäßige Aktualisierungen zu Bedrohungsentwicklungen sicherzustellen; stellt fest, dass diese Maßnahmen erhöhten Risiken durch Spionage, Einflussnahme aus dem Ausland und hybride Bedrohungen entgegenwirken, die sich gegen die Entscheidungsprozesse der EU richten; betont jedoch, dass die Verbesserung der physischen Sicherheit

durch robuste Cybersicherheitsprotokolle und Spionageabwehrkapazitäten ergänzt werden muss, um dem gesamten Spektrum der Infiltrationsrisiken zu begegnen; fordert die rasche Annahme des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union (COM(2022)0119); weist darauf hin, dass in der Cybersicherheitsverordnung für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Cybersicherheitshaushalt in Höhe von 10 % der Gesamtmittel für Informations- und Kommunikationstechnologien für EU-Einrichtungen empfohlen wird;	durch robuste Cybersicherheitsprotokolle und Spionageabwehrkapazitäten ergänzt werden muss, um dem gesamten Spektrum der Infiltrationsrisiken zu begegnen; fordert die rasche Annahme des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union (COM(2022)0119); weist darauf hin, dass in der Cybersicherheitsverordnung für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Cybersicherheitshaushalt in Höhe von 10 % der Gesamtmittel für Informations- und Kommunikationstechnologien für EU-Einrichtungen empfohlen wird; ***begrüßt die Arbeit des CERT-EU und besteht darauf, dass es über ausreichende Haushaltsmittel und eine angemessene Personalausstattung verfügen muss;***

Or. en

Änderungsantrag 1642
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 92

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
92. begrüßt die Bemühungen der Kommission, die physische Sicherheit und die Informationssicherheit innerhalb der EU-Organe, Einrichtungen und sonstigen Stelle zu stärken, wie in der Mitteilung des Managementkontrollgremiums vom Oktober 2025 dargelegt ist, einschließlich Pläne für sichere Sitzungssäle, verbesserter Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung von Bediensteten, das Verschlusssachen bearbeitet, und der Einrichtung des Sicherheitskollegs, um regelmäßige Aktualisierungen zu Bedrohungsentwicklungen sicherzustellen; stellt fest, dass diese Maßnahmen erhöhten Risiken durch Spionage, Einflussnahme	92. begrüßt die Bemühungen der Kommission, die physische Sicherheit und die Informationssicherheit innerhalb der EU-Organe, Einrichtungen und sonstigen Stelle zu stärken, wie in der Mitteilung des Managementkontrollgremiums vom Oktober 2025 dargelegt ist, einschließlich Pläne für sichere Sitzungssäle, verbesserter Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung von Bediensteten, das Verschlusssachen bearbeitet, und der Einrichtung des Sicherheitskollegs, um regelmäßige Aktualisierungen zu Bedrohungsentwicklungen sicherzustellen; stellt fest, dass diese Maßnahmen erhöhten Risiken durch Spionage, Einflussnahme

aus dem Ausland und ***hybride*** Bedrohungen entgegenwirken, die sich gegen die Entscheidungsprozesse der EU richten; betont jedoch, dass die Verbesserung der physischen Sicherheit durch robuste Cybersicherheitsprotokolle und Spionageabwehrkapazitäten ergänzt werden muss, um dem gesamten Spektrum der Infiltrationsrisiken zu begegnen; fordert die rasche Annahme des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union (COM(2022)0119); weist darauf hin, dass in der Cybersicherheitsverordnung für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Cybersicherheitshaushalt in Höhe von 10 % der Gesamtmittel für Informations- und Kommunikationstechnologien für EU-Einrichtungen empfohlen wird;	aus dem Ausland und Bedrohungen entgegenwirken, die sich gegen die Entscheidungsprozesse der EU richten; betont jedoch, dass die Verbesserung der physischen Sicherheit durch robuste Cybersicherheitsprotokolle und Spionageabwehrkapazitäten ergänzt werden muss, um dem gesamten Spektrum der Infiltrationsrisiken zu begegnen; fordert die rasche Annahme des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union (COM(2022)0119); weist darauf hin, dass in der Cybersicherheitsverordnung für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ein Cybersicherheitshaushalt in Höhe von 10 % der Gesamtmittel für Informations- und Kommunikationstechnologien für EU-Einrichtungen empfohlen wird;

Or. en

Änderungsantrag 1643
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 92 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	92a. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf, eine jährliche Überprüfung des Schutzschilds für die Demokratie einzuleiten, um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen eingehalten werden, dass die Umsetzung wirksam ist und dass die Ambitionen konsequent erhöht werden;

Or. en

Änderungsantrag 1644
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 92 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	92b. ist der Ansicht, dass der Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie erforderlich ist, um die wirksame Umsetzung des Schutzschilds zu überwachen, oder dass alternativ eine ausschussübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet werden muss, um die Arbeit zur Überwachung der Umsetzung des Schutzschilds für die Demokratie fortzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1645
Nathalie Loiseau, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 93 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	93a. empfiehlt erneut, sicherzustellen, dass angemessene Sicherheitsüberprüfungen von Beamten des Parlaments und Fraktionsbediensteten durchgeführt werden und eine Beurteilung vorgenommen wird, wann eine Sicherheitsüberprüfung für akkreditierte parlamentarische Assistenten erforderlich ist, wenn diese sich mit außenpolitischen Themen, Sicherheits- und Verteidigungs- oder Handelsfragen befassen, wie es im Generalsekretariat des Rates der EU der Fall ist; fordert daher eine angemessene Zusammenarbeit mit den nationalen Sicherheitsdiensten, damit solche Sicherheitsüberprüfungen zügig

bearbeitet werden; fordert die nationalen Behörden auf, bei Anfragen nach einer Sicherheitsüberprüfung von MdEP und Bediensteten des Parlaments sowie bei jeglichen Sicherheitsüberprüfungen im Zusammenhang mit den Organen der EU die Verfahren und einen gemeinsamen Zeitplan einzuhalten; empfiehlt, dass sensible Sitzungen nur mit Mitgliedern und Bediensteten organisiert werden, die sicherheitsüberprüft sind;

Or. en

Änderungsantrag 1646
Nathalie Loiseau, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 93 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	93b. ist besorgt über die Verbindungen bestimmter Mitglieder des Europäischen Parlaments zu Regimen, die sich offen in die demokratischen Prozesse in Europa und den Mitgliedstaaten einmischen; stellt fest, dass Mitglieder, die ihre Unterstützung für Länder zum Ausdruck bringen, die der EU offen feindlich gegenüberstehen und sich in EU-interne Angelegenheiten einmischen, nicht berechtigt sein sollten, an sensiblen Sitzungen und offiziellen Dienstreisen des Europäischen Parlaments ins Ausland teilzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 1647
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops ausgestattet werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;	94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops***, einschließlich sicherer Internetverbindungen, sodass sie – falls erforderlich – während Auslandsreisen online arbeiten können,*** ausgestattet werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;

Or. en

Änderungsantrag 1648
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater	94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater

Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops ausgestattet werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;

Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten ***(einschließlich Praktikanten)*** mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops ausgestattet werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;

Or. fr

Änderungsantrag 1649
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops ausgestattet	94. stellt im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit des Parlaments fest, dass die berufliche Nutzung privater Mobiltelefone und anderer Geräte wie Laptops durch Mitglieder und Bedienstete eine Schwachstelle darstellt, die für Angriffe auf das Organ ausgenutzt werden könnte; betont, dass die Mitglieder und die Bediensteten ***gegebenenfalls*** mit den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen IT-Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops ausgestattet

werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;

werden sollten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Sicherheitsüberprüfungen, die den Mitgliedern und Bediensteten auf Anfrage angeboten werden, um potenzielle Spähsoftware auf privaten Geräten zu erkennen; fordert die Verwaltung auf, diese Überprüfungen zu systematisieren und auf alle Geräte auszuweiten, die für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Parlament verwendet werden; fordert klarere Regeln und systematische und sachgerechte Leitlinien für die Mitglieder und die Bediensteten sowie Schutzmaßnahmen zur Minderung dieser Risiken, insbesondere während Dienstreisen;

Or. en

Änderungsantrag 1650
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 94 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94a. ist zutiefst besorgt darüber, dass kritische Überwachungs- und digitale Ermittlungskapazitäten der EU an israelische Spähsoftware-Unternehmen ausgelagert wurden, von denen viele im Hoheitsgebiet der EU tätig sind, indem sie regulatorische Schlupflöcher ausnutzen, wodurch die digitale Souveränität Europas untergraben wird; bedauert den Widerspruch zwischen der proklamierten „digitalen Souveränität“ der EU und der Realität der Vergabe von Unteraufträgen für fortschrittliche Überwachung, Spähsoftware, Instrumente für Eingriffe und Analysen an Anbieter in Drittstaaten wie Israel und den USA, während israelische Start-up-Unternehmen mit doppeltem Verwendungszweck weiterhin erhebliche EU-Mittel erhalten; verurteilt den Einsatz israelischer Spähsoftware gegen Journalisten, Mitglieder der

Opposition, die Zivilgesellschaft und sogar EU-Beamte, wodurch Überwachung im Stil einer Besatzung in den europäischen Demokratien normalisiert und eine autonome Außenpolitik der EU in Bezug auf die israelisch-palästinensische Frage erschwert wird, da externe Akteure indirekt Einfluss auf nachrichtendienstliche Fähigkeiten nehmen können; betont, dass Israels Rolle bei der Cybersicherheit der EU eher einem strukturierten Eindringen als einer lediglich technischen Zusammenarbeit gleicht, wodurch der Schwerpunkt der digitalen Sicherheit von öffentlichen europäischen Interessen auf undurchsichtige industrielle und militärische Verbindungen im Ausland verlagert wird, wodurch die Souveränität der EU in Bezug auf Daten und Cybersicherheit weitgehend nur dem Namen nach besteht;

Or. en

Änderungsantrag 1651
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 94 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94a. stellt fest, dass Brüssel von einem Schutzschild für die Demokratie spricht, während patriotische Führungspersönlichkeiten und Stimmen mit Waffen angegriffen werden:Charlie Kirk wurde erschossen;Andrej Babiš, tschechischer Minister, wurde mit einem metallischen Gegenstand attackiert;Robert Fico, slowakischer Ministerpräsident, wurde Opfer eines Mordversuchs;Jordan Bardella wurde im November ebenfalls angegriffen, und zwar von einem Rentner, bei dem es sich um einen Mehrfachtäter handelt;stellt

fest, dass diese Gewalt nur in eine Richtung geht;

bedauert, dass diese Bedrohungen der Demokratie nicht einstimmig von allen politischen Akteuren verurteilt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 1652
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 94 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94a. betont, dass die Bediensteten der EU mit sicheren Dienstmobiltelefonen und Dienstlaptops sowie mit anderen Geräten ausgestattet werden sollten, mit denen eine stabile und mobile Internetverbindung sichergestellt wird; betont, dass die Nutzung ungesicherter WLAN-Netze, insbesondere außerhalb der EU oder außerhalb der Netze der EU-Organe, vermieden werden sollte und dass in den Räumlichkeiten der EU-Organe nur sichere Netze genutzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1653
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 94 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94b. fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, unverzüglich eine Prüfung aller Verträge der EU und der Mitgliedstaaten mit israelischen Cybersicherheitsunternehmen durchzuführen, einschließlich der Datenströme, der Einhaltung der DSGVO

und des Gesetzes über digitale Dienste sowie der Risiken für die Souveränität; fordert die Kommission und den Rat auf, die Finanzierung israelischer Einrichtungen, die an Spähsoftware oder Überwachungstechnologien mit doppeltem Verwendungszweck beteiligt sind, im Rahmen von Horizont Europa auszusetzen, bis vollständige Transparenz und die Einhaltung ethischer Grundsätze sichergestellt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1654
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 94 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94b. betont, dass das Wahlrecht eindeutig in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; weist darauf hin, dass die Kommission gegebenenfalls Unterstützung oder Hilfe leisten kann, jedoch in diesem Bereich nicht die Rolle einer Aufsichts-, Regulierungs- oder Entscheidungsbehörde übernehmen darf;

Or. en

Änderungsantrag 1655
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 94 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	94c. weist darauf hin, dass die europäische Demokratie auf Wahlen und dem Recht der Wähler beruht, die von ihnen gewünschten Vertreter innerhalb des verfassungsrechtlichen und

rechtlichen Rahmens ihres jeweiligen Mitgliedstaats frei und geheim zu wählen;

Or. en